

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Zeitenwende für die deutsche Wirtschaft?

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2025) : Zeitenwende für die deutsche Wirtschaft?, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 13, Iss. 1, pp. 1-33, <https://doi.org/10.18717/ka86dy-5z60>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/313841>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

1/2025

13. März 2025, 13. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 2**

Zeitenwende für die deutsche Wirtschaft?

Die Ankündigungen und Entscheidungen der neuen US-Regierung um den Russland-Ukraine-Konflikt und die Zollpolitik haben weltweit zu hoher Unsicherheit geführt. Im Euroraum bleibt die Konjunktur schwach. Auch die deutsche Konjunktur ist weiter im Abschwung. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2025 um 0,1% und im Jahr darauf um 1,3% zunehmen.

Konjunktur aktuell: Zeitenwende für die deutsche Wirtschaft?

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Die Ankündigungen und Entscheidungen der neuen US-Regierung, vor allem um die Positionierung im russischen Krieg gegen die Ukraine und um die Zollpolitik, haben weltweit zu hoher Unsicherheit geführt und amerikanische Aktienwerte deutlich sinken lassen. Derweil dürfte sich im Winter die moderate weltwirtschaftliche Expansion fortgesetzt haben. Weiterhin war die Konjunktur in den USA robust, im Euroraum blieb sie schwach. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass die US-Regierung auf dem Verhandlungsweg zu einer deutlichen Reduktion der zuletzt vollzogenen oder geplanten Zollerhöhungen gebracht werden kann. In den USA dürften sich die negativen Effekte der wirtschaftspolitischen Unsicherheit und höherer Zölle mit den kurzfristig positiven Effekten der Deregulierungen die Waage halten. In China hält die Immobilienkrise vorerst an, allerdings haben sich die Aussichten des chinesischen Tech-Sektors verbessert. Im Euroraum bleibt die Konjunktur schwach.

Für die deutsche Wirtschaft haben sich die außenpolitischen Rahmenbedingungen mit den drohenden Handelskriegen und der Verschlechterung der Sicherheitslage in Europa grundsätzlich geändert. Die Politik will mit der Aufgabe der Schuldenbremse vor allem zur Finanzierung von Rüstungsinvestitionen reagieren. Das bringt für die Wirtschaft große Risiken, daneben aber auch Chancen. Allerdings wird der neue finanzpolitische Spielraum im laufenden Jahr noch kaum realwirtschaftlich wirksam werden, sondern erst nach und nach. Vorerst befindet sich die Wirtschaft weiter in einer Krise, welche durch Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsschwäche gekennzeichnet ist. Zudem belasten gestiegene Sozialversicherungsabgaben die verfügbaren Einkommen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2025 etwa so hoch sein wie im Vorjahr und erst im Jahr 2026 nennenswert zulegen. Ähnlich sind die Aussichten für Ostdeutschland, wo die Produktion allerdings, anders als in Deutschland insgesamt, im Jahr 2024 leicht gestiegen sein dürfte.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2023 bis 2026

	2023	2024	2025	2026
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-0,3	-0,2	0,1	1,3
darunter: Ostdeutschland ¹	0,7	0,2	0,1	1,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	0,4	-0,1	-0,5	0,3
Tariflöhne je Stunde	3,6	4,7	2,2	2,5
Effektivlöhne je Stunde	6,6	5,4	3,4	2,1
Lohnstückkosten ²	6,7	5,5	3,1	1,3
Verbraucherpreisindex	5,9	2,3	2,3	2,1
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	46 011	46 082	46 066	46 108
Arbeitslose ³	2 609	2 787	2 865	2 788
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,7	6,0	6,1	6,0
darunter: Ostdeutschland ¹	6,7	7,5	7,6	7,5
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,8	-2,7	-3,2
Leistungsbilanzsaldo	5,8	5,7	4,5	4,4

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2025: Prognose des IWH (Stand: 11.03.2025).

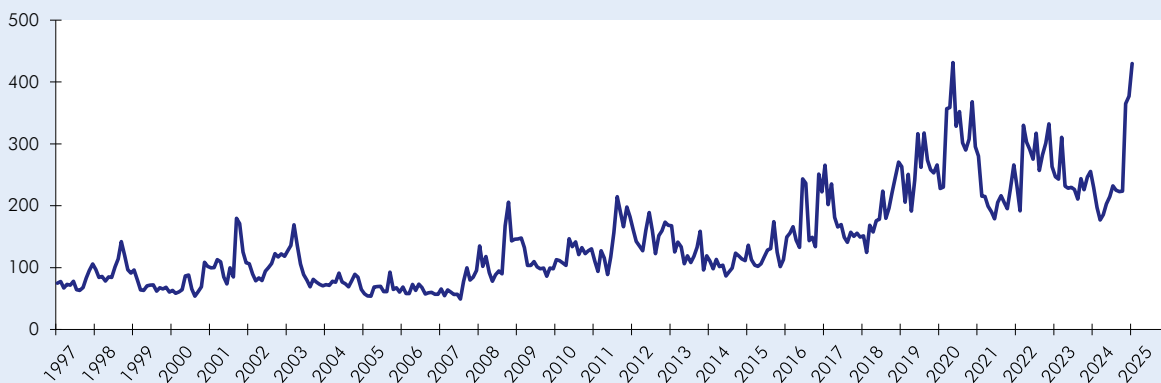
* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Fourné, Marius; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

Internationale Konjunktur: in Trumps Turbulenzen

Im Frühjahr 2025 steht die Welt im Bann der Ankündigungen und Entscheidungen der neuen US-Regierung, und dabei vor allem um die Positionierung im Russland-Ukraine-Konflikt und um die neue Zollpolitik. Die neuen Verhältnisse auf dem Gebiet der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik dürften zu einer deutlichen Ausweitung der Staatsverschuldung und einer Aufweichung der Fiskalregeln in Europa führen. Hinzu kommt, dass die Zollpolitik die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit belastet. Mitte März soll in den USA ein einheitlicher Zollsatz von 25% des Warenwerts auf Importe von Stahl und Aluminium sowie auf alle großen Teile der Importe aus Kanada gelten, auf Importe aus China beträgt der Zollsatz 20%. Die Zollerhöhung auf 25% gegenüber Mexiko ist erst angeordnet und dann wieder vorläufig bis Anfang April suspendiert worden. Angekündigt wurden zudem deutlich höhere Zölle gegenüber der Europäischen Union. In der Folge ist die Unsicherheit über den Gang der Wirtschaftspolitik weltweit stark gestiegen (vgl. Abbildung 1). In den USA hat sich das Konsumentenvertrauen jüngst eingetrübt, wohl auch weil die privaten Haushalte von den Zollerhöhungen einen kräftigen Preisanstieg erwarten. Zuletzt erreichte die Unruhe auch die Finanzmärkte. Amerikanische Aktien verzeichneten Kursrückgänge, und die impliziten Volatilitäten von Aktienindizes sind gestiegen. Die Aktienkurse (wie der MSCI World) befinden sich nun (Anfang März) wieder nahe an ihren Werten am Tag der US-Präsidentschaftswahlen Anfang November. Auch der Außenwert des US-Dollar hat nach seiner Aufwertung im vergangenen Herbst (gegenüber dem Euro im Oktober und November um 5%) wieder nachgegeben.

Abbildung 1

Index der wirtschaftspolitischen Unsicherheit in der Welt¹



¹ Der Index ist ein mit dem Bruttoinlandsprodukt gewichteter Durchschnitt der nationalen Indizes für 21 Länder. Jeder nationale Index spiegelt die relative Häufigkeit von Zeitungsartikeln aus dem eigenen Land wider, die ein Begriffstrio aus Wirtschaft, Politik und Unsicherheit enthalten.

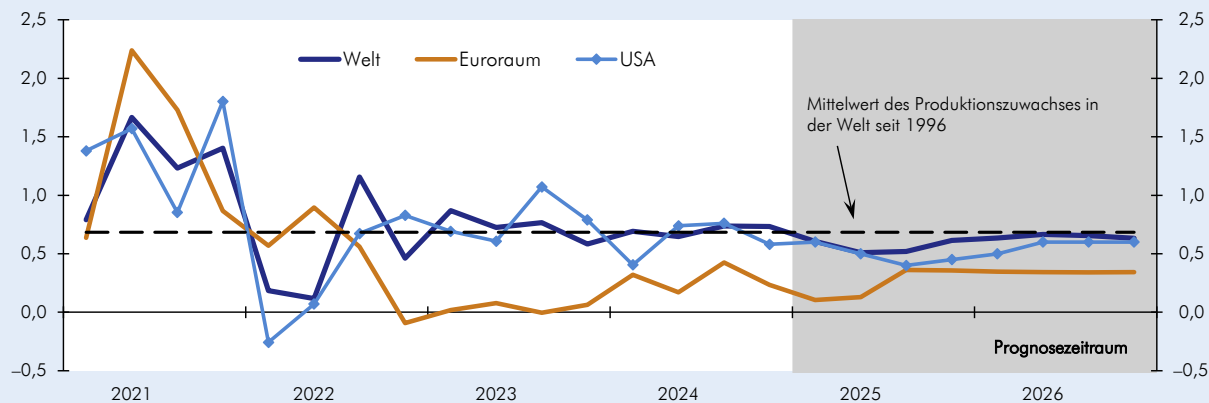
Quelle: http://www.policyuncertainty.com/global_monthly.html.

Im Winter dürfte sich die moderate weltwirtschaftliche Expansion der vergangenen zwei Jahre fortgesetzt haben (vgl. Abbildung 2). Im Schlussquartal 2024 legte die Produktion in den USA dank steigender Konsumausgaben der privaten Haushalte mit 0,6% weiter kräftig zu. Im Euroraum ist dagegen die ohnehin schwache Expansion nahezu zum Erliegen gekommen. Nur aufgrund einer besonders starken Expansion in Irland lag die Rate bei 0,2%. Dagegen hat das Bruttoinlandsprodukt in China mit 1,6% deutlich stärker zugelegt als zuvor, obwohl die anhaltende Immobilienkrise den Wohnungsbau dort weiter sinken lässt und auch Ursache für den anhaltenden Pessimismus der privaten Haushalte ist. Was die chinesische Konjunktur trägt, ist der nun schon zwei Jahre über anhaltende Boom der Exporte, welche im Jahr 2024 preisbereinigt um knapp 6% expandiert haben. Wesentlich hat dabei die weiter steigende preisliche Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Exportgüter geholfen (vgl. Abbildung 3). Am Jahresende 2024 hat der gesamte Welt-handel spürbar angezogen, vor allem wohl, weil versucht wurde, mit Güterlieferungen in die USA angekündigten Zoll-erhöhungen zuvorzukommen.

Die US-Inflation ist im Winter auf knapp 3% gestiegen. Ein Grund dafür ist, dass der dämpfende Einfluss von niedrigeren Energiepreisen nachlässt. Während sich die Preise für Erdöl seit dem Herbst seitwärts bewegen (für ein Barrel der Marke Brent bei etwa 75 US-Dollar), haben die Gaspreise in den USA ähnlich wie die europäischen kräftig angezogen, in Europa freilich von einem mehr als dreimal so hohen Niveau aus. Ursachen sind auf beiden Kontinenten kältere Wintertemperaturen als in den Jahren zuvor sowie im Fall Europas der Stopp der Lieferungen russischen Gases durch die Ukraine zum Jahreswechsel. Die Kernrate der Verbraucherpreis-inflation ist dagegen seit dem Herbst

in den USA mit etwa 3,3% (Januar) stabil, im Euroraum ist sie zuletzt (Februar) ein wenig auf 2,6% gesunken. Die Dienstleistungsinflation verharrt in beiden Währungsräumen bei etwa 4%, was in etwa den Lohnzuwächsen entspricht. Allerdings deutet der Lohnindikator des Jobportals *Indeed* eine Verlangsamung der Lohndynamik im Euroraum für die kommenden Monate an, was auch der insgesamt schwachen Grundtendenz der europäischen Konjunktur entspricht.

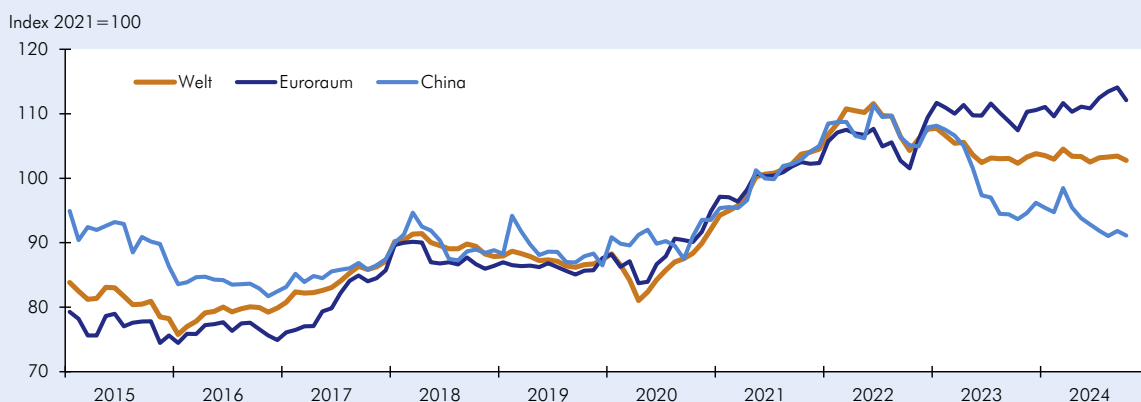
Abbildung 2
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2025 und 2026: Schätzung und Prognose des IWH.

Der große Unterschied in der konjunkturellen Dynamik hat die Zentralbanken zu voneinander abweichenden geldpolitischen Kursen veranlasst. Die Europäische Zentralbank hat ihren Einlagensatz von 4% im Sommer 2024 auf 2,5% im März 2025 zurückgenommen. Ende 2025 dürfte dieser nur noch bei 2,25% liegen. In den USA liegt der Leitzins dagegen bei 4,5%. Die Fed wird ihn im Lauf des Jahres wohl nur noch einmal auf 4,25% senken, denn die Preisdynamik dürfte sich wieder beschleunigen. Dafür sprechen Preiseffekte der vollzogenen und noch kommenden Zollerhöhungen und auch der expansive Kurs, den die Finanzpolitik in den USA einzuschlagen gedenkt.

Abbildung 3
Indizes der Exportpreise (Warenhandel)



Quellen: CPB; Berechnungen des IWH.

Ein wesentlicher Teil des wirtschaftspolitischen Programms des US-Präsidenten ist die deutliche Senkung der Steuerlast. Dem daraus folgenden Einnahmenverlust sollen größere Einnahmen aufgrund der Zollerhöhungen gegenüberstehen. Auch wird versucht, die Ausgaben deutlich zurückzuführen, und schließlich sollen sich die Steuersenkungen über ein höheres Wirtschaftswachstum zum Teil selbst finanzieren. Es ist dennoch wahrscheinlich, dass das gesamtstaatliche Defizit im laufenden Jahr noch einmal steigen wird, und zwar auch strukturell. Im Euroraum ist die Finanzpolitik im Jahr 2025 dagegen leicht restriktiv ausgerichtet. Allerdings hat sich in Europa jüngst ein breiter politischer Konsens darüber herausgebildet, dass die Verteidigungsanstrengungen wesentlich erhöht werden sollten. Er dürfte

aber die finanzpolitische Ausrichtung im Jahr 2025 allerdings noch wenig ändern, sondern erst später. In China versucht die Regierung weiterhin mit expansiver Ausrichtung sowohl der Geld- als auch der Finanzpolitik die Schwäche der Binnennachfrage zu bekämpfen.

Für die Aussichten der internationalen Konjunktur im Jahr 2025 ist wesentlich, wie die Effekte der Trumpschen Zollerhöhungspolitik einzuschätzen sind. Dabei zeichnet sich ab, dass die Zollerhöhungen eine größere Dimension haben werden als diejenigen während der ersten Präsidentschaft Trumps in den Jahren 2017 bis 2021, als der durchschnittliche Zollsatz auf US-Importe von 1% auf 3% stieg. So ergeben Schätzungen für den Fall, dass die Ende Februar verfolgten Pläne der US-Regierung alle umgesetzt werden, eine Erhöhung des durchschnittlichen Zollsatzes von 2,5% auf 13,8%.¹ In der vorliegenden Prognose wird aber unterstellt, dass es den hauptsächlich betroffenen Handelspartnern gelingt, die USA auf dem Verhandlungswege zu einer deutlichen Reduktion der zuletzt vollzogenen oder geplanten Zollerhöhungen zu bringen, und dass Vergeltungszölle insgesamt einen geringeren Umfang erreichen als die US-Zölle. Es wird angenommen, dass die am Anstieg des durchschnittlichen US-Zollsatzes gemessene Belastung für den Welthandel im ihrem Umfang zwischen der in der ersten Präsidentschaft Trumps und der Belastung bei einem Sprung auf 13,8% liegen wird. Im Übrigen wirkt die Zollpolitik im laufenden Jahr nicht zuletzt deshalb konjunkturdämpfend, weil überall in der Welt Investitionsentscheidungen aufgrund der mit ihr verknüpften Unsicherheit aufgeschoben werden. Die Effekte auf Inflation und Geldpolitik in den USA sind unter der genannten Annahme spürbar, aber nicht drastisch.

Zudem dürften sich in den USA die negativen Effekte der wirtschaftspolitischen Unsicherheit und höherer Zölle mit den kurzfristig positiven Effekten der Deregulierungen in etwa die Waage halten. Vor allem im Jahr 2026 könnte die US-Konjunktur davon profitieren, dass Unternehmen zur Umgehung von Zolllimits und -risiken verstärkt in Amerika investieren. Darauf deuten jedenfalls jüngst bekanntgegebene Investitionsentscheidungen von Firmen im IT- und Pharmabereich hin. In China hält die Immobilienkrise zwar vorerst an, allerdings sind die Häuserpreise in den größeren Städten zuletzt im Monatsvergleich nicht mehr zurückgegangen. Stabilisierend wirkt hier wohl der verstärkte Eingriff des Staates, etwa über die Aktivitäten öffentlicher Baufirmen. Zudem haben sich die Aussichten des chinesischen Tech-Sektors mit der Veröffentlichung der Chatbot-App von DeepSeek schlagartig verbessert. Allerdings dürfte der Rückenwind für die chinesische Wirtschaft vonseiten des Außenhandels in diesem und im kommenden Jahr nachlassen. Im Euroraum bleibt die Konjunktur schwach, die Konsumnachfrage sollte aber davon profitieren, dass die Reallöhne trotz wohl nachlassender Lohndynamik weiter steigen. Zudem wirkt die Geldpolitik immer weniger restriktiv. Es ist deshalb mit einer leichten Belebung ab dem Frühjahr zu rechnen.

Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 2,6% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern ist dieses Jahr um 2,3% höher als im Jahr 2024. Für 2026 wird eine Expansion des Handels von 2,1% prognostiziert. Im Euroraum dürfte die Verbraucherpreisinflation im Lauf des Jahres 2025 die geldpolitische Zielrate von 2% erreichen, in den USA wird sie wohl deutlich darüber bleiben.

Risiken für die Weltkonjunktur

Die Unsicherheit über die amerikanische Zollpolitik und deren Wirkungen erschwert gegenwärtig eine Prognose der internationalen Konjunktur erheblich. Dabei geht es nicht nur um einzelne Zollsätze, sondern um WTO-Grundprinzipien, deren Auflösung schwer absehbare Folgen hätte. So steht die in Washington verfolgte Idee reziproker Zölle im Gegensatz zur Meistbegünstigungsklausel der WTO, also zum Prinzip, dass jedes Land für ein bestimmtes Importgut nur einen Zollsatz erhebt, der für sämtliche Handelspartner gilt, sofern diese mit dem Land nicht durch eine Freihandelszone verbunden sind. Aber auch die finanzpolitischen Pläne der US-Regierung bringen erhebliche Risiken mit sich, denn eine allzu kräftige Ausweitung des mit 6,4% auf Bundesebene im vergangenen Jahr schon außerordentlich hohen amerikanischen Fiskaldefizits könnte die Preisstabilität in den USA gefährden.

Vertrauensverluste der Kapitalgeber sind auch gegenüber den europäischen Staaten denkbar. Denn die Neubewertung der Sicherheitslage in Europa scheint zu deutlichen, schuldenfinanzierten Mehrausgaben für Verteidigung zu führen. Riskant wird eine solche Neuverschuldung, wenn nicht klar ist, wie der fällige Schuldendienst auf Dauer finanziert werden soll, etwa, weil weder Steuererhöhungen noch Kürzungen bei den Sozialausgaben erfolgen. Eine

¹ Vgl. dazu die Schätzung des US-Thinktanks *Tax Foundation*: [Trump Tariffs: Tracking the Economic Impact of the Trump Trade War](#). Die US-Zölle wären dann so hoch wie zuletzt im Jahr 1939.

weitgehende Aufgabe der europäischen Fiskalregeln dürfte zu höheren Risikoprämien und höherer Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte im Euroraum führen.

Auch in Ländern mit gegenwärtig noch relativ niedrigen Schuldenquoten wie Deutschland dürften im Zuge einer schuldenfinanzierten Ausweitung der Staatsausgaben die Zinsen steigen, nicht unbedingt als Ausdruck gestiegener Bonitätsrisiken, sondern als Reaktion auf den größeren Anspruch des Staates an die verfügbaren Ressourcen und die damit einhergehende Inflation. So sprang Anfang März die Rendite für deutsche Staatstitel zehnjähriger Laufzeit um 0,3 Prozentpunkte nach oben, als sich CDU/CSU und SPD darauf geeinigt hatten, höhere Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur von der Schuldenbremse auszunehmen. Kaum kleiner war der Anstieg der Renditen bei Staatsanleihen von Euroraumländern mit einer deutlich höheren Verschuldung als Deutschland. Vertrauensverluste an den Kapitalmärkten könnten diese Länder rasch in eine finanzielle Schieflage bringen, der die EZB mit Stützungskäufen der betroffenen Staatstitel wohl begegnen würde. Letztlich würden die staatlichen Mehrausgaben in diesem Fall auch über eine monetäre Expansion finanziert werden, welche sich über kurz oder lang in höheren Inflationsraten und in einer Entankerung der Inflationserwartungen niederschläge. Die Geldpolitik würde in einem solchen Fall das Ziel der Preisstabilität zugunsten fiskalischer Ziel aufgeben, sie würde stattdessen von fiskalischen Gesichtspunkten dominiert.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,07 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist in etwa so hoch wie im Schnitt des Jahres 2024. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2025 um 2,3% und im folgenden Jahr um 2,0% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren Einlagensatz bis Ende des Jahres 2025 auf 2,25% senkt und dann konstant hält. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2025 bei 74 US-Dollar je Barrel und im Jahr darauf bei 71 US-Dollar.

Bezüglich der Finanzpolitik wird in dieser Prognose angenommen, dass die von CDU, CSU und SPD angekündigte deutliche Ausweitung der Staatsverschuldung beschlossen wird und Mehrausgaben für Verteidigung von der Schuldenbremse ausgenommen werden, ein Sondervermögen für Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 500 Mrd. Euro eingerichtet und der Verschuldungsspielraum der Länder dauerhaft erhöht wird. Allerdings dürften entsprechende Mehrausgaben aufgrund von Planungs- und Vorbereitungsaufwand sowie teilweise mangelnder kurzfristiger Verfügbarkeit von Personal und Material erst langsam anlaufen.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Jahr 2025 restriktiv ausgerichtet. Auf der Einnahmeseite geht dies im Wesentlichen auf den Anstieg des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen zurück. So wurde der Beitragssatz zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte erhöht, und der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung stieg sogar um über einen Prozentpunkt an. Auch das Auslaufen der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie zum Ende des Jahres 2024 führt zu spürbaren staatlichen Mehreinnahmen, weil den Wegfall der Prämie kompensierende Lohnerhöhungen abgabenpflichtig sind. Minder Ausgaben ergeben sich durch diverse Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes, etwa beim Elterngeld, und eine Rückführung klimaschutzbezogener Ausgaben. Dem stehen expansiv wirkende diskretionäre Maßnahmen gegenüber, die vom Volumen her jedoch deutlich geringer ausfallen. Zu nennen sind hier auf der Einnahmeseite vor allem das Steuerfortentwicklungs- und das Wachstumschancengesetz. Mehrausgaben sind in den Bereichen Landesverteidigung und Verkehr geplant. Alles in allem ergibt sich dennoch ein restriktiver finanzpolitischer Effekt in Höhe von 34 Mrd. Euro bzw. 0,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A14).

Im Jahr 2026 ist die Finanzpolitik nach jetzigem Stand in etwa konjunkturneutral ausgerichtet. Nachfragedämpfend wirkt dann erneut die weitere Anhebung der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr. Zudem führen die Einführung der globalen Mindestbesteuerung und der Plastikabgabe zu Mehreinnahmen, ebenso wie das Auslaufen der temporären Senkung der Stromsteuer für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes. Auch ist in dieser Prognose unterstellt, dass sich der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2026 um 0,3 Prozentpunkte erhöhen wird. Nachfragestimulierend wirken hingegen die neuerlichen Änderungen am Einkommensteuertarif im Rahmen des Steuerfortentwicklungsgesetzes sowie ein weiterer Anstieg der Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur.

Deutsche Wirtschaft vorerst weiter im Abschwung

Anfang März haben sich CDU/CSU und SPD in ihren Sondierungsverhandlungen über eine künftige Regierungskoalition darauf geeinigt, die Schuldenbremse durch Zusatzbestimmungen im Grundgesetz de facto außer Kraft zu setzen. So sollen Aufrüstung und zusätzliche öffentliche Infrastrukturinvestitionen finanziert werden. Die dadurch verursachten öffentlichen Mehrausgaben dürften nach und nach konjunkturell eine stimulierende Wirkung entfalten, darauf deuten auch die Zins-, Wechselkurs- und Aktienkurseffekte hin.

Allerdings trifft der Politikschwenk auf eine deutsche Wirtschaft, die in der Krise steckt. Das Bruttoinlandsprodukt ist nunmehr zwei Jahre hintereinander gesunken, und auch im Schlussquartal 2024 schrumpfte die Wirtschaftsleistung. Die Daten deuten weiterhin auf einen Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, auf Investitionsschwäche und auf eine Verunsicherung der privaten Haushalte hin. So ist der Produktionsrückgang um 0,2% vor allem auf um 2,2% geringere Exporte zurückzuführen (vgl. Tabelle A5), und die Ausrüstungsinvestitionen sind weiter gesunken. Ob das Plus bei den Bauinvestitionen, die sogar schon seit vier Jahren im Trend zurückgehen, auf eine Bodenbildung hindeutet, ist zweifelhaft, zumal die Bruttowertschöpfung am Bau weiter rückläufig war. Für die Ausgaben der privaten Haushalte ergab sich ein minimaler Zuwachs, der Staatskonsum expandierte dagegen deutlich. Er ist auch das einzige Aggregat, das im Jahr 2024 zugelegt hat, und das um stattliche 3,5%.

Die Schwäche der Export- und der Investitionsnachfrage schlägt auf die seit annähernd zwei Jahren rückläufige Produktion im Verarbeitenden Gewerbe durch, und auch auf die Profitabilität der Unternehmen in diesem für Deutschland besonders wichtigen Wirtschaftszweig. Insgesamt lagen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen im Schlussquartal 2024, preisbereinigt mit dem Deflator des privaten Konsums, um etwa 18% unter ihrem Vor-Corona-Niveau aus dem Jahr 2019. Auch wenn in diesem Zeitraum die Summe der Arbeitnehmerentgelte ein wenig zugelegt hat, preisbereinigt um etwa 3%, stellen sich die privaten Haushalte auf die wirtschaftliche Krise ein, indem sie mit Ausgaben vorsichtiger sind: Ihre Sparquote war im vierten Quartal 2024 mit 11,5% weiter deutlich höher als im langjährigen Durchschnitt.

War eine wichtige Ursache für das vorsichtige Ausgabenverhalten der Konsumenten in den vergangenen drei Jahren die hohe Inflation, so kommen jetzt vielfach Sorgen um den Arbeitsplatz hinzu. Denn die Arbeitslosenquote nimmt schon seit 2½ Jahren langsam zu, im Februar lag sie bei 6,2%. Der Beschäftigungsaufbau ist Ende 2024 zum Erliegen gekommen, freilich nicht nur wegen schwacher Konjunktur, sondern auch aus demografischen Gründen. Dabei halten sich der Arbeitsplatzabbau im Verarbeitenden Gewerbe und der Aufbau bei den öffentlichen Dienstleistern in etwa die Waage.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das Frühjahr sind trübe. Noch im Dezember ist die Produktion in der Chemie und vor allem im Automobilbau stark zurückgegangen, im Januar hat sie sich aber leicht erholt. Auch spricht der IWH-Flash-Indikator für einen leichten Produktionszuwachs.² Gemischt fallen die Stimmungsindikatoren aus: Das ifo Geschäftsklima deutet auf eine Fortsetzung des Abschwungs, der Einkaufsmanagerindex für die Gesamtwirtschaft (HCOB) für eine leichte Belebung. Alles in allem dürfte die Produktion im ersten Halbjahr in etwa stagnieren (vgl. Abbildung A3).

Ab dem zweiten Quartal 2025 dürfte die deutschen Konjunktur wesentlich von zollpolitischen Entscheidungen in Washington und dann wohl auch in Brüssel beeinflusst werden. Die zurzeit täglich wechselnden Verordnungen und Ankündigungen vonseiten der US-Regierung lassen aber kaum zu, begründete Annahmen zu den handelspolitischen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft zu treffen. Deshalb beinhaltet die vorliegende Prognose lediglich, dass sich der Welthandel schwächer entwickelt, als ohne die Unsicherheit über die US-Zollpolitik zu erwarten wäre. Der deutsche Export dürfte schwach bleiben und der Außenbeitrag sinken.

Weiterhin ist in dieser Prognose unterstellt, dass es tatsächlich zur Einrichtung des Infrastrukturfonds kommt und Militärausgaben, soweit sie 1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt übersteigen, künftig nicht in die Berechnung der Schuldenbremsen-Obergrenze eingehen. Allerdings wird der dadurch eröffnete finanzpolitische Spielraum im laufenden Jahr noch kaum realwirtschaftlich wirksam werden, sondern erst nach und nach. So schlägt sich auch das

² Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Lindner, A.; Schultz, B.: IWH-Flash-Indikator I. und II. Quartal 2025.

100-Milliarden-Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr aus dem Jahr 2022 nur mit erheblicher Verzögerung in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nieder. Erst nach dem Jahr 2026 dürfte sich der neue finanzpolitische Kurs in höheren Investitionen, aber auch in einer beschleunigten Preisdynamik und steigenden Zinsen niederschlagen und damit private Ausgaben in einem gewissen Umfang verdrängen.

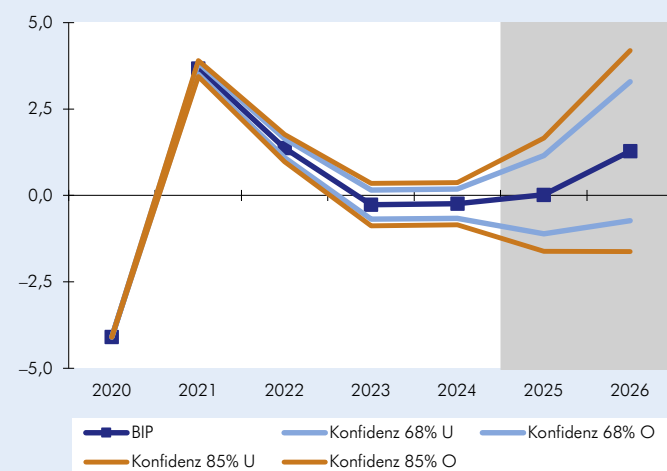
In diesem Umfeld dürfte sich der private Konsum nur langsam erholen, auch weil stark gestiegene Sozialversicherungsabgaben die verfügbaren Einkommen belasten. Für sich genommen wirkt zwar die Lockerung der Geldpolitik durch die EZB stimulierend. Dem steht aber der Zinsanstieg aufgrund der finanzpolitischen Ankündigungen gegenüber. Eine deutliche Ausweitung der privaten Investitionstätigkeit ist vorerst nicht zu erwarten. Im weiteren Jahresverlauf dürfte allerdings der Staatsverbrauch wieder ausgeweitet werden, wenn die vorläufige Haushaltsführung des Bundes endet.

Alles in allem ergibt sich nach vorliegender Prognose im Jahr 2025 für das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in etwa eine Stagnation (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung). Was die Expansion vor allem ausbremst, ist ein deutlicher Rückgang des Außenbeitrags aufgrund der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure (vgl. Tabelle A7), auch wenn die Ausfuhren ab dem zweiten Halbjahr 2025 wieder etwas stärker expandieren dürften. Auch der private Konsum wird sich dann etwas kräftigen. Auf die Jahresrate schlägt sich die Belebung erst im Folgejahr durch: Im Jahr 2026 expandiert die Produktion um 1,3%. Für das Jahr 2025 reicht das 68%-Prognoseintervall des Bruttoinlandsprodukts von -1,0% bis 1,2% und für das Jahr 2026 von -0,7% bis 3,2% (vgl. Abbildung 4³). Nach vorliegender Prognose wird die deutsche Wirtschaft erst Ende 2026 wieder auf ihrem langfristigen, mittlerweile deutlich abgeflachten Wachstumspfad kommen (vgl. Kasten 1). Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahr 2025 bei 2,3% liegen und im Jahr 2026 bei 2,1%. Dabei spielt auch der Anstieg der CO₂-Bepreisung eine gewisse Rolle. (vgl. Kasten 2). Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2025 in etwa stagnieren. Dabei nimmt die Kurzarbeit nicht substanziell ab (vgl. Kasten 3). Im Vergleich zu früheren Krisen ist sie allerdings niedrig.

Abbildung 4

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

³ Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Kasten 1**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Zur Bestimmung des Produktionspotenzials verwendet das IWH die Methode, die von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Darüber hinaus berechnet das IWH das Produktionspotenzial auch mit der von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose verwendeten modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der die Fortschreibungsmodelle an die empirischen Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2029 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,2% (vgl. Tabelle K1). Die Konjunkturbereinigung der öffentlichen Finanzierungssalden erfolgt weiterhin nach dem EU-Verfahren, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten. Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 0,6% eine leicht höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials, was im Wesentlichen aus einer höheren projizierten Partizipationsquote resultiert.

Tabelle K1**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU- und nach modifizierter EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996 – 2024 ²	EU-Methode		modifizierte EU-Methode (MODEM)	
		1996 – 2024	2024 – 2029	1996 – 2024	2024 – 2029
Produktionspotenzial	1,2	1,2	0,6	1,2	0,2
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	0,9 (0,3)	1,5 (0,5)	0,9 (0,3)
TFP	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	0,4 (0,4)	0,6 (0,6)	0,2 (0,2)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	–0,2 (–0,2)	0,2 (0,1)	–0,5 (–0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	–0,2	0,0	–0,2
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,3	0,4	0,0
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	–0,1	0,2	0,0
durchschnittliche Arbeitszeit	–0,5	–0,5	–0,3	–0,4	–0,3
nachrichtlich:					
Arbeitsproduktivität	1,0	1,0	0,8	1,0	0,7

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes von Anfang Dezember 2022, die auf moderaten Annahmen zu Wanderung, Geburtenhäufigkeit und Anstieg der Lebenserwartung beruht. In der vorliegenden Projektion wurde diese mit dem tatsächlichen Bevölkerungsstand Ende 2023 fortgeschrieben. Ab dem Jahr 2024 wurden die aktuellen Wanderungsdaten berücksichtigt. Der Wanderungssaldo betrug im vergangenen Jahr etwa 420 000 Personen, wovon etwa 120 000 auf die Nettozuwanderung aus der Ukraine entfielen. Es wird angenommen, dass diese im laufenden und kommenden Jahr auf insgesamt 90 000 Personen zurückgeht. Die verbleibende Zuwanderung geht entsprechend dem in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten kontinuierlichen Rückgang des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurück.

Unter Berücksichtigung der genannten Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) beginnend mit diesem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Bis zum Ende des Projektionszeitraum im Jahr 2029 beträgt der Rückgang 600 000. Dabei wird die Partizipation, die aufgrund der zunächst niedrigeren Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgegangen ist, etwas zunehmen und danach leicht sinken. Die trendmäßige Partizipationsquote bleibt über den gesamten Projektionszeitraum weitestgehend konstant und beträgt an dessen Ende 75,9%.^{K1}

^{K1} Da die Erwerbsstatistik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht revidiert wurde, schlägt sich die mit der Veröffentlichung des Zensus 2022 einhergehende Korrektur der Bevölkerung um rund 1,2 Millionen Personen in einer entsprechenden Aufwärtskorrektur der Partizipationsquote nieder. Diese liegt nun rund einen Prozentpunkt höher als bei der letzten Potenzialschätzung im Dezember 2024.

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote (SELO) berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, leitet sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen ab, welche mittels Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche SELO betrug im Jahr 2024 demnach 3,1%. Sie dürfte aufgrund sinkender Erwerbslosenquoten der Geflüchteten bis 2029 auf 2,9% sinken.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte gegen Ende der kurzen Frist in etwa ihrem trendmäßigen Wert entsprechen. Ab dem Jahr 2027 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 20 Stunden.

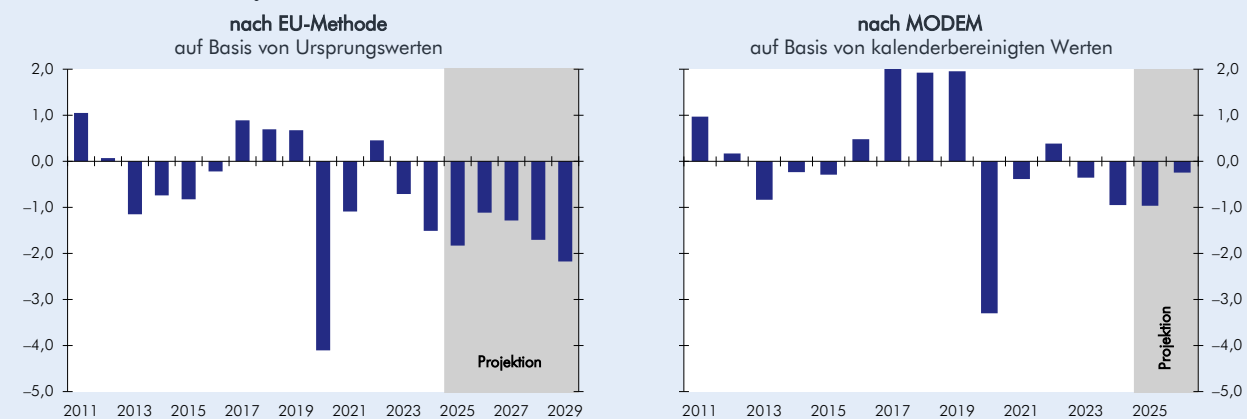
Alles in allem begann das potenzielle Arbeitsvolumen bereits im vergangenen Jahr leicht zu sinken, infolge der höheren Nettozuwanderung zunächst etwas weniger schnell. Zum Ende der mittleren Frist dämpfen bis auf die leicht sinkende strukturelle Erwerbslosenquote alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum sinkt das potenzielle Arbeitsvolumen um jahresdurchschnittlich 0,5% und dämpft das Potenzialwachstum um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,9% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,2% betragen und 0,2 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K1

Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials (nach MODEM) und der Prognose des Bruttoinlandproduktes ergibt sich für die Jahre 2024 und 2025 eine Produktionslücke von -1,0%, die sich gegen Ende des Jahres 2026 schließt (vgl. Abbildung K1).

Kasten 2**Auswirkungen der CO₂-Bepreisung auf die Verbraucherpreise in Deutschland**

Frühere Studien haben gezeigt, dass die Einführung des CO₂-Preises Auswirkungen auf die Verbraucherpreise haben wird. So haben *Nöh et al.* (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) bereits im Jahr 2020 in einem Arbeitspapier die Wirkung der CO₂-Bepreisung auf die Verbraucherpreise analysiert.^{K2.1} Sie kamen zu dem Ergebnis, dass durch Preisanstiege im Bereich Kraftstoffe und Heizenergie die Inflation im Jahr 2021 um etwa einen halben Prozentpunkt steigen könnte. Sofern auch Güter und Dienstleistungen berücksichtigt werden, deren Preise durch die Weitergabe der höheren Energiekosten steigen, könnte die Inflationsrate um einen weiteren halben Prozentpunkt steigen.

Die CO₂-Bepreisung in Deutschland ist ein zentrales Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Förderung einer nachhaltigen Wirtschaft. Sie zielt darauf ab, die Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren, indem ein Preis auf CO₂-Emissionen erhoben wird. Zu diesem Zweck wurde im Dezember 2019 im Rahmen des Klimapakets der Bundesregierung das „Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen“ (BEHG) verabschiedet. Das nationale Emissionshandelssystem (nEHS) startete 2021 zunächst mit einem jährlich steigenden Festpreis pro Tonne emittiertes Kohlendioxid.^{K2.2} Demnach kostete im Jahr 2021 eine Tonne CO₂-Ausstoß zunächst 25 Euro, während sie im Jahr 2022 bereits auf 30 Euro und im Jahr 2024 auf 45 Euro pro Tonne stieg. Zum 1. Januar 2025 wurde der CO₂-Preis noch einmal auf 55 Euro pro ausgestoßener Tonne erhöht. Geplant ist weiterhin, dass im Jahr 2026 der CO₂-Preis innerhalb eines Korridors von 55 bis 65 Euro liegen soll.

Erst im Jahr 2027 lösen die dann geltenden EU-Bestimmungen die nationalen Regelungen ab und es wird ein CO₂-Emissionshandel auch für Gebäudewärme und den Verkehrssektor eingeführt.^{K2.3} Der Europäische Emissionshandel gilt bislang vor allem für Energieunternehmen und die energieintensive Industrie, ab 2027 auch für den Gebäude- und Verkehrssektor.

Ein wesentlicher Effekt der CO₂-Bepreisung ist, dass Unternehmen, die fossile Brennstoffe nutzen oder CO₂-intensive Produkte herstellen, höhere Kosten tragen müssen. Diese Kosten werden in der Regel an die Verbraucher weitergegeben, was zu höheren Preisen für Energie, Kraftstoffe und andere Waren führt. Die Auswirkungen auf die Verbraucherpreise sind dabei unterschiedlich stark ausgeprägt, abhängig von der Branche und der Art der Produkte. Die stufenweise Erhöhung der CO₂-Preise führt jedoch zunehmend zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten.

Tabelle K2:**Erhöhung der Sprit¹- und Heizkosten durch die CO₂-Bepreisung**

Jahr	Preis pro Tonne CO ₂	Tanken: Preisanstieg pro Liter		zusätzliche Heizkosten	
		Benzin	Diesel	Erdgas (Cent/kWh)	Heizöl (Cent/l)
2021	25 Euro	ca. 7 Cent	ca. 8 Cent	0,6	8,0
2022	30 Euro	ca. 8,4 Cent	ca. 9,5 Cent	0,7	9,5
2023	30 Euro	ca. 8,4 Cent	ca. 9,5 Cent	0,7	9,5
2024	45 Euro	ca. 12,7 Cent	ca. 14,2 Cent	1,1	14,3
2025	55 Euro	ca. 15,7 Cent	ca. 17,3 Cent	1,2	15,9
2026	55 bis 65 Euro	15,7 bis 18,6 Cent	17,3 bis 20,5 Cent	1,3 bis 1,6	17,5 bis 20,6

¹ Der Anstieg durch den CO₂-Preis bezieht sich immer auf das Basisjahr 2020. Es handelt sich bei den Angaben um die Brutto-Spritpreise.

Quellen: ADAC; Verbraucherzentrale NRW e. V.; Berechnungen und Darstellung des IWH.

^{K2.1} Vgl. *Nöh, L. et al.*: [Auswirkungen einer CO₂-Bepreisung auf die Verbraucherpreisinflation](#). Arbeitspapier 03/2020, Mai 2020.

^{K2.2} *Bundesregierung*: Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (Brennstoffemissionshandelsgesetz - BEHG), §10 Veräußerung von Emissionszertifikaten.

^{K2.3} Laut BEHG sind in Deutschland zunächst gestaffelte Festpreise für eine Tonne CO₂ zu zahlen. In der EU regelt bereits jetzt das European Union – Emission Trading System (EU-ETS) den europäischen Emissionshandel. Ziel ist in beiden Fällen die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen der teilnehmenden Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie.

Wie der ADAC in einer Studie jüngst veröffentlichte, führt der steigende CO₂-Preis für klimaschädliche Kraft- und Brennstoffe wie Benzin, Diesel, Heizöl und Gas u. a. zu steigenden Preisen beim Tanken (vgl. Tabelle K2).^{K2.4} Wieviel mehr die Verbraucher letztlich an der Tankstelle zahlen müssen, hängt aber auch vom Ölpreis und anderen Faktoren ab. In einer anderen Studie wurde untersucht, wie stark die Auswirkungen der CO₂-Bepreisung z. B. auf die Heizungskosten sind.^{K2.5}

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die CO₂-Bepreisung in Deutschland zu höheren Verbraucherpreisen (Heizöl, Strom, Benzin, Diesel) geführt hat und den Verbraucherpreisindex (VPI) auch weiter steigen lassen wird. Da jedoch alle Energieprodukte zusammen mit einem Anteil von lediglich 7,4% (darunter Kraftstoffe: 3,1%, Gas: 0,4%, Heizöl: 1,1%) in den VPI einfließen, wird der Anstieg der Verbraucherpreise durch den höheren CO₂-Preis im Prognosezeitraum wohl moderat verlaufen.

^{K2.4} Vgl. ADAC: [Höherer CO₂-Preis: Was der Anstieg für Autofahrer bedeutet](#), abgerufen am 05.03.2025.

^{K2.5} Vgl. Bausparkasse Schwäbisch Hall AG: [CO₂-Steuer: Das sollten Hausbesitzer wissen](#), abgerufen 04.03.2025.

Kasten 3

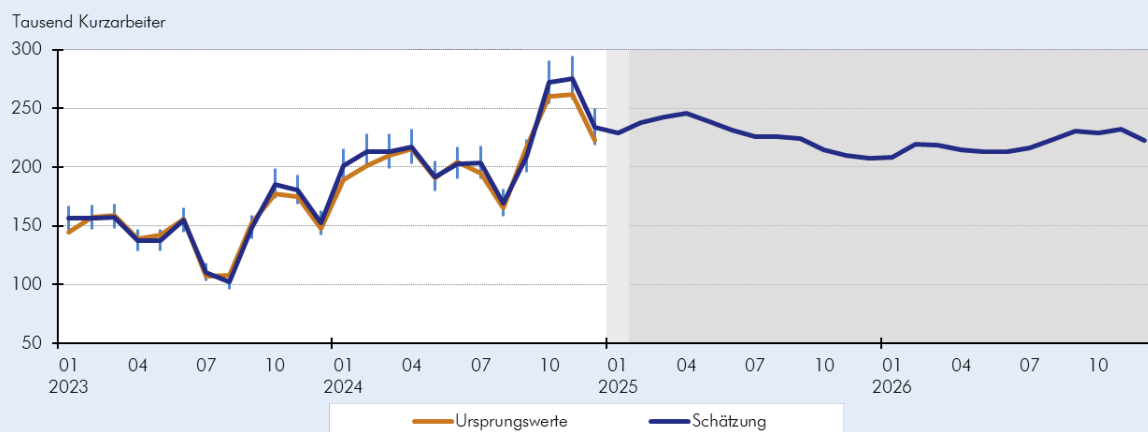
Kurzarbeit nimmt wieder zu – Verarbeitendes Gewerbe rückt in den Fokus

Die Kurzarbeit in Deutschland verzeichnete von April bis August 2024 einen moderaten Rückgang, stieg jedoch ab September wieder spürbar an. Im Dezember 2024 lag die Zahl der Kurzarbeiter bei 222 298 Personen. Für Januar 2025 deutet eine Modellschätzung auf einen weiteren Anstieg auf 228 717 Personen hin (vgl. Abbildung K3.1).

Die Schätzung am aktuellen Rand beruht auf einem dynamischen Regressionsmodell, das auf den jüngsten verfügbaren Werten für Variablen wie Erwerbstätigenzahl, Abweichung der Erwerbstätigen vom Potenzial und Arbeitslosenquote basiert. Lediglich die Kurzarbeit selbst wird für den letzten Monat geschätzt. Der Vergleich zwischen den tatsächlichen und den ex-post prognostizierten Werten zeigt, dass das Modell die vergangenen Entwicklungen mit hoher Präzision abbildet. Dies unterstreicht die Belastbarkeit der Schätzung am aktuellen Rand.

Abbildung K3.1

Schätzung der Kurzarbeit am aktuellen Rand sowie für den gesamten Prognosezeitraum



Anmerkung: Fehlerbalken stellen das 95%-Konfidenzintervall dar.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Schätzung und Prognose des IWH.

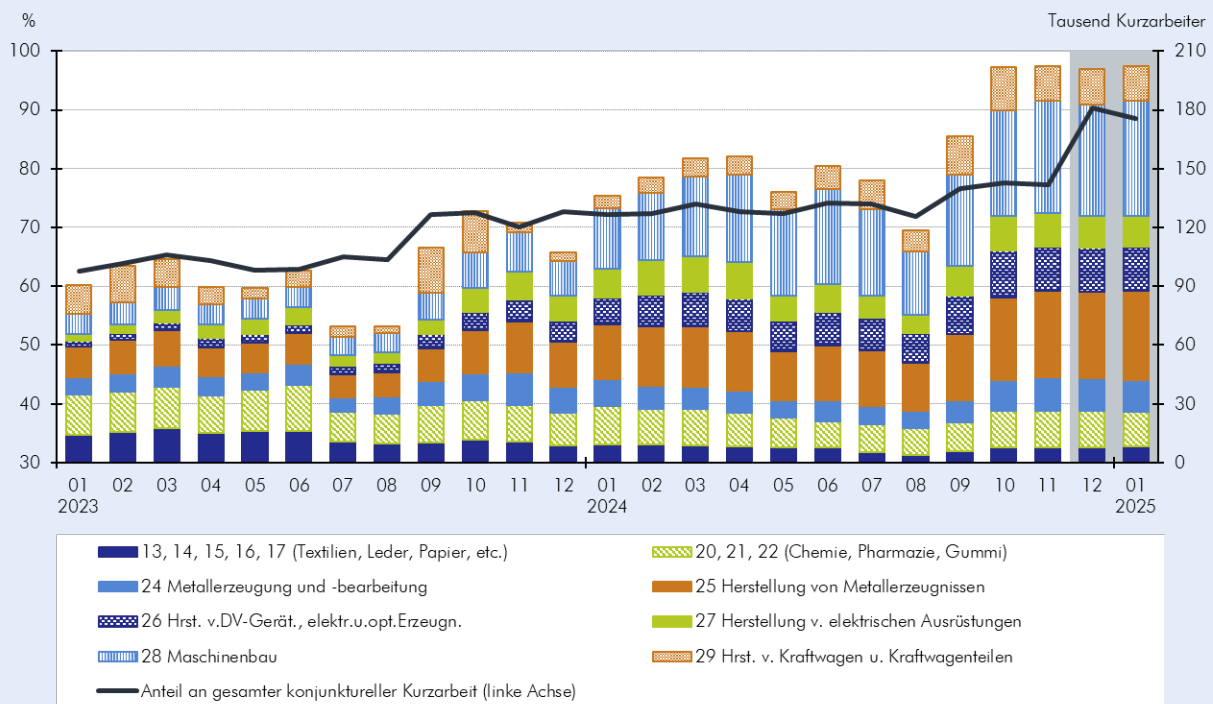
Eine zeitnahe Einschätzung der Kurzarbeit ist nicht nur für die wirtschaftspolitische Einordnung relevant, sondern auch für die Projektion öffentlicher Finanzen von Bedeutung. Da die Höhe der Kurzarbeit unmittelbar mit den Sozialversicherungseinnahmen verknüpft ist, ermöglichen frühzeitige Schätzungen eine bessere Planbarkeit fiskalischer Spielräume. Für den weiteren Prognosezeitraum bleibt die Kurzarbeit auf einem erhöhten Niveau und geht angesichts der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage nur langsam zurück.

Maschinenbau mit zunehmendem Anteil an der Kurzarbeit im Verarbeitenden Gewerbe

Detaillierte Daten zur Kurzarbeit nach Wirtschaftsbereichen liegen üblicherweise erst mit einer Verzögerung von zwei Monaten vor. Daher erstreckt sich die Modellschätzung hier auf die letzten beiden Monate des betrachteten Zeitraums. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Kurzarbeit zunehmend im Verarbeitenden Gewerbe konzentriert und dessen Anteil an der gesamten konjunkturellen Kurzarbeit im Dezember 2024 rund 90% erreichte (vgl. Abbildung K3.2). Im Januar 2025 zeichnet sich eine leichte Abwärtsbewegung ab.

Abbildung K3.2

Kurzarbeit nach Kernbereichen des Verarbeitenden Gewerbes



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Schätzung des IWH.

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes entfielen die stärksten Zuwächse auf den Maschinenbau, der sowohl absolut als auch anteilig deutlich an Bedeutung gewann. Auch die Herstellung von Metallerzeugnissen sowie die Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verzeichneten eine leichte Zunahme.

Mit Blick auf die kommenden Monate wird entscheidend sein, inwieweit sich die wirtschaftliche Unsicherheit auf die industrielle Produktion auswirkt und ob sich die zuletzt angestiegene Kurzarbeit auf einzelne Branchen konzentriert oder sich in der Wirtschaft ausbreitet.

Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit dürfte, ausgehend von 2,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024, im gesamten Prognosezeitraum hoch bleiben. Im laufenden Jahr expandieren Bruttolöhne und -gehälter äußerst schwach, und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen gehen erneut zurück. Allerdings ist die Finanzpolitik restriktiv ausgerichtet: So sind der Beitragssatz zur Pflegeversicherung und der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Jahresbeginn gestiegen, und die steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie ist ausgelaufen. Auf der Ausgabeseite dürfte die vorläufige Haushaltsführung in der ersten Jahreshälfte mit Minderausgaben einhergehen. Die monetären Transfers werden langsamer ausgeweitet als im vergangenen Jahr. Zwar nimmt die Zahl der Arbeitslosen weiter zu, die Rentenanpassung zum 1. Juli 2025 fällt aber geringer aus als noch im Jahr zuvor. Somit dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2025, trotz der schwachen konjunkturellen Dynamik, in etwa konstant bleiben.

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2023	2024	2025	2026
gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–103,8	–118,8	–118,6	–143,8
– Konjunkturkomponente ¹	–15,1	–33,2	–41,5	–25,9
= konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–88,7	–85,6	–77,1	–118,0
– Einmaleffekte ²	0,0	0,0	0,0	0,0
= struktureller Finanzierungssaldo	–88,7	–85,6	–77,1	–118,0
+ Zinsausgaben des Staates	36,6	45,4	53,2	60,3
= struktureller Primärsaldo	–52,1	–40,1	–23,9	–57,7
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	5,4	12,0	16,3	–33,8
nachrichtlich:	In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %			
struktureller Finanzierungssaldo	–2,1	–2,0	–1,7	–2,6
struktureller Primärsaldo	–1,2	–0,9	–0,5	–1,3
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,2	0,3	0,4	–0,7

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² Laut AMECO-Datenbank.

Quellen: Statistisches Bundesamt; AMECO, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im Jahr 2026 dürfte sich das Haushaltsdefizit des Staates weiter erhöhen. Zwar ziehen dann die Unternehmens- und Vermögenseinkommen wieder an, die Bruttolöhne und -gehälter entwickeln sich jedoch erneut schwach, und die Finanzpolitik ist konjunkturneutral ausgerichtet. Bei den Steuereinnahmen wirkt das Steuerfortentwicklungsgesetz nochmals entlastend, und der Beitragssatz zu den Sozialversicherungen wird nicht so stark steigen wie im laufenden Jahr. Auf der Ausgabeseite dürften Investitionen in die Landesverteidigung und in die Verkehrsinfrastruktur ausgeweitet werden. In dieser Prognose ist unterstellt, dass die zusätzlich geplanten, sehr umfangreichen Investitionen im Rahmen eines neuen Sondervermögens für die Verkehrsinfrastruktur und für die Landesverteidigung im Jahr 2026 anlaufen, allerdings in sehr geringem Umfang. Alles in allem expandieren die Einnahmen des Staates im Jahr 2026 um 3,4%, die Ausgaben hingegen um 4,3%. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich dann auf –3,2% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Das strukturelle Defizit sinkt von 2,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 auf 1,7% im Jahr 2025. Im Jahr 2026 nimmt es dann wieder auf 2,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu. Der strukturelle Primärsaldo erhöht sich im laufenden Jahr mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik um 0,4 Prozentpunkte auf –0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr liegt er dann bei –1,3% (vgl. Tabelle 1). Der Schuldenstand erhöht sich von 63,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 auf 66,2% im Jahr 2026. In der mittleren Frist wird die Schuldenstandsquote deutlich steigen, sofern die geplanten Mehrausgaben für Verteidigung und Infrastruktur schuldenfinanziert umgesetzt werden. Ohne Berücksichtigung von makroökonomischen Rückwirkungen ist, in Abhängigkeit von der tatsächlichen Höhe der zusätzlichen Verteidigungsausgaben und dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts, mit den Festlegungen der Sondierung zwischen CDU, CSU und SPD ein deutlicher Anstieg der Schuldenstandsquote angelegt (vgl. Tabelle 2). Würden die Infrastrukturinvestitionen in den Jahren 2025 bis 2034 um jeweils 50 Mrd. Euro erhöht, die Investitionen in die Landesverteidigung bis zum Jahr 2040 bei 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen und den Ländern derselbe Verschuldungsspielraum wie

dem Bund eingeräumt, stiege der Schuldenstand bis zum Jahr 2040, bei einer Inflationsrate von 2%, auf 87% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A13).

Tabelle 2

Schuldenstandsquoten (in Maastricht-Abgrenzung) in Abhängigkeit von Verteidigungsausgaben und BIP-Deflator

Jahr	Ausgaben für Sondervermögen 'Infrastruktur' (Mrd. Euro)	BIP-Deflator 2%			BIP-Deflator 3%		
		Verteidigungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %					
		2%	3%	4%	2%	3%	4%
2024		64	64	64	64	64	64
2025	50	65	65	65	65	65	65
2026	50	66	66	66	66	66	66
2027	50	67	68	69	67	68	69
2028	50	69	71	73	67	69	71
2029	50	70	73	76	68	71	74
2030	50	71	75	79	68	72	76
2031	50	72	77	82	69	73	78
2032	50	73	79	84	69	75	80
2033	50	74	81	87	70	76	82
2034	50	75	82	90	70	77	84
2035	0	75	83	91	69	77	85
2036	0	75	84	93	69	77	86
2037	0	75	85	94	68	77	87
2038	0	75	86	96	68	78	87
2039	0	75	86	97	67	78	88
2040	0	75	87	99	67	78	89

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Risiken für die vorliegende Prognose ergeben sich vor allem aus dem unberechenbaren politischen Umfeld und der Strukturkrise in der Industrie. Zollpolitische Entscheidungen von großer Tragweite werden in Washington derzeit im Tagesrhythmus getroffen, modifiziert und wieder zurückgenommen. Diese Unsicherheit schlägt auf die deutsche Wirtschaft besonders stark durch, weil die USA das Land sind, in das mit Abstand am meisten deutsche Exportgüter geliefert werden. Andererseits könnte Deutschland von der Umleitung von Handelsströmen zum Teil auch profitieren, etwa wenn chinesische Exporteure in den USA stärker diskriminiert werden sollten, oder auch wenn US-Unternehmen wegen höherer Einfuhrpreise international an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Die Abwärtsrisiken, die sich für den Euroraum aus den jüngsten Entscheidungen um die deutsche Schuldenbremse ergeben, wurden im internationalen Teil der Prognose skizziert. Für Deutschland gibt es in diesem Zusammenhang aber auch Aufwärtsrisiken. Zum einen könnten die Investitionen schneller angestoßen werden als hier unterstellt, was einen deutlichen Impuls zwar kaum im laufenden Jahr, aber doch im Jahr 2026 bedeuten würde. Zum anderen könnten zusätzliche Investitionsvorhaben einer neuen Regierung die wirtschaftliche Zuversicht in Deutschland stärken, was schon im Sommer der Konjunktur mehr Rückenwind geben könnte.

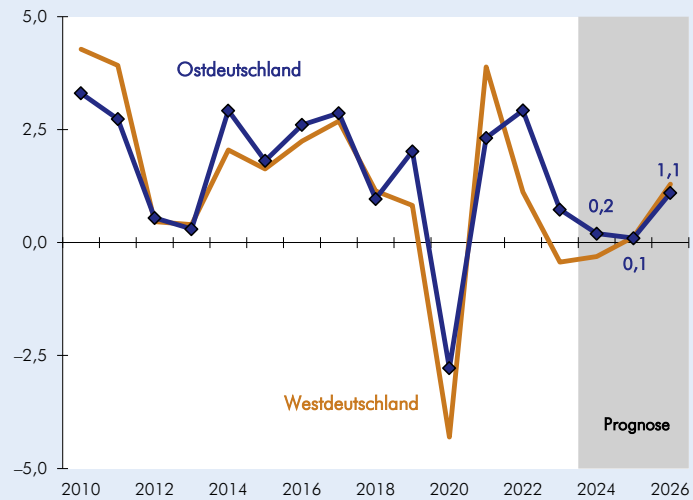
Entwicklung in Ostdeutschland

Im Jahr 2024 dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland um 0,2% gestiegen sein, während es in Deutschland insgesamt um 0,2% gefallen ist. Dass im Osten die Entwicklung wohl etwas günstiger war, dafür sprechen zwei Gründe: Zum einen hat der Staatskonsum als einziges Verwendungsaggregat in Deutschland mit 3,5% deutlich expandiert, und dieser macht im Osten mit etwa 28% einen größeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt aus als im Westen, wo er bei etwa 21% liegt (jüngste Zahlen aus dem Jahr 2021). Zudem deuten sowohl die Umsatzentwicklung als auch das ifo Geschäftsklima auf eine etwas bessere Lage im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe als im Westen hin. Was die ostdeutsche Wirtschaft allerdings belastet, ist der demografisch bedingte Schwund an Arbeitskräften. So ist im Jahr 2024 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Osten um 0,1% zurückgegangen, während sie im Westen um 0,4% zugelegt hat. Die demografische Schere dürfte künftig verhindern, dass die ostdeutsche Produktion so wie in den vergan-

genen Jahren spürbar rascher expandiert als die Deutschlands insgesamt. Es ist auch zu vermuten, dass aus dem geplanten Paket an Infrastrukturinvestitionen ein größerer Teil in Regionen getätigt wird, von denen aufgrund einer stärkeren Bevölkerungsentwicklung für die Zukunft ein größerer Bedarf an Infrastruktur zu erwarten ist. Auch das Gros der Rüstungsinvestitionen dürfte in Westdeutschland erfolgen, denn dort, etwa in den Großräumen Düsseldorf/Köln, München und Bodensee, liegen die Schwerpunkte der deutschen Rüstungsindustrie.⁴ Alles in allem dürfte im Jahr 2025 die Produktion in Ostdeutschland mit 0,2% etwa so stark zulegen wie in Deutschland insgesamt (0,1%), im Jahr darauf ist die Expansion nach vorliegender Prognose mit 1,1% um zwei Zehntel Prozentpunkte langsamer (vgl. Abbildung 5). Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2025 wohl bei 7,6% liegen und im Jahr 2026 bei 7,5%.

Abbildung 5
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2024 Prognose des IWH.

⁴ Vgl. Weingarten, J.; Wilke, P.; Wulf, H.: [Perspektiven der wehrtechnischen Industrie in Deutschland](#). Studie der Hans-Böckler-Stiftung, No. 309, 2015, 54–56.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Europa	28,3	1,0	1,3	1,3	1,6	8,0	5,3	3,8	3,0				
EU 27	19,8	0,6	1,0	1,2	1,6	6,0	2,5	2,1	2,1	6,0	5,9	5,8	5,7
Großbritannien	3,6	0,3	0,9	0,9	1,2	7,3	2,5	2,4	2,2	4,0	4,3	4,4	4,3
Schweiz	1,0	0,7	1,3	1,3	1,5	2,1	1,1	0,6	0,7	4,0	4,3	4,4	4,3
Norwegen	0,5	0,2	2,1	1,1	1,9	5,5	3,1	2,4	2,3	3,6	4,0	3,9	3,9
Russland	2,1	3,6	3,8	2,0	1,0	5,9	8,5	8,0	5,5				
Türkei	1,2	5,1	3,2	3,1	3,7	53,9	58,5	30,0	18,0				
Amerika	37,8	2,7	2,5	2,1	2,1								
USA	29,6	2,9	2,8	2,3	2,1	4,1	2,9	2,8	2,5	3,6	4,0	4,2	4,4
Kanada	2,3	1,5	1,6	0,8	1,4	3,9	2,4	2,3	2,1	5,4	6,4	7,0	7,2
Lateinamerika ³	6,0	2,0	1,6	1,6	2,1								
Asien	33,9	4,6	4,3	4,2	4,0								
Japan	4,5	1,5	0,1	1,5	0,9	3,3	2,7	2,5	2,0	2,6	2,5	2,5	2,5
China ohne Hongkong	19,0	5,2	5,0	4,8	4,5								
Südkorea	2,0	1,4	2,1	1,6	2,1	3,6	2,3	2,0	2,0	2,7	2,8	2,9	2,9
Indien	3,8	8,2	6,9	6,3	6,6								
Ostasien ohne China ⁴	4,7	3,3	4,3	3,9	3,8								
insgesamt ⁵	100,0	2,8	2,8	2,6	2,6								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	65,0	1,8	1,9	1,8	1,8	4,7	2,7	2,5	2,2	4,4	4,6	4,6	4,6
Schwellenländer ⁷	35,0	4,8	4,5	4,2	4,1								
nachrichtlich:													
Exportgewicht ⁸	–	1,5	1,8	1,9	2,1								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	–	3,4	3,3	3,1	3,0								
Welthandel ¹⁰	–	–1,2	1,8	2,3	2,0								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar.² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2023.³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar.⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2023.⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2023.¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2024 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

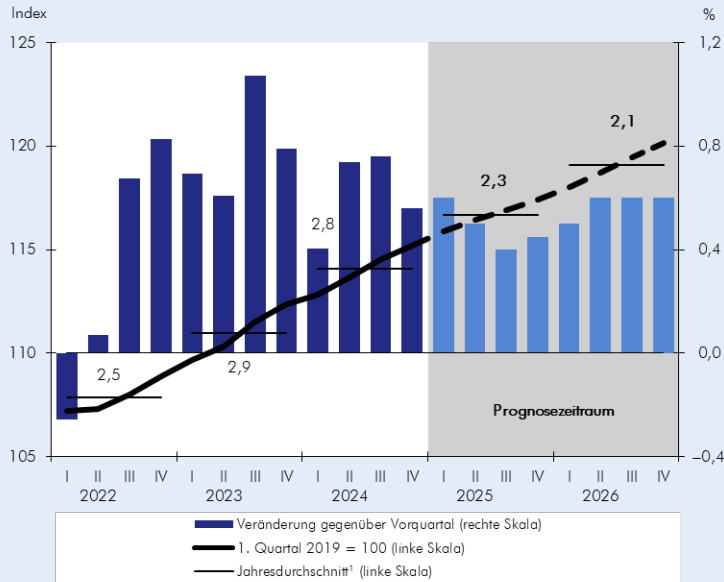
Tabelle A2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,8	2,3	2,1
privater Konsum	2,5	2,8	2,3	1,8
Staatskonsum und -investitionen	3,9	3,4	1,8	1,8
private Anlageinvestitionen	0,1	3,7	3,6	3,8
Vorratsveränderungen ¹	0,5	-0,5	0,0	0,0
inländische Verwendung	2,3	3,1	2,5	2,2
Exporte	2,8	3,3	2,4	2,0
Importe	-1,2	5,4	3,4	2,8
Außenbeitrag ¹	0,5	-0,5	-0,3	-0,2
Verbraucherpreise	4,1	3,0	2,8	2,6
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-7,6	-7,6	-7,9	-7,6
Leistungsbilanzsaldo	-3,3	-3,9	-3,8	-3,8
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,6	4,0	4,2	4,4

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWF; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A3**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum**

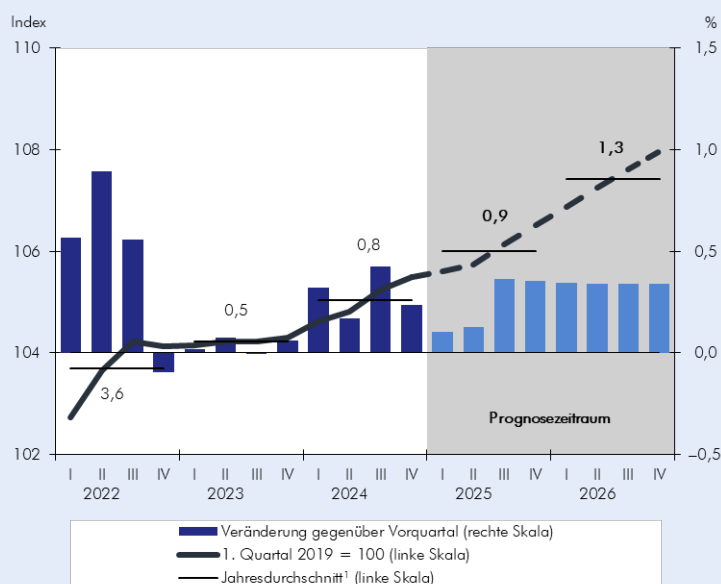
	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	0,9	0,8	0,9	1,3
privater Konsum	1,0	1,0	0,9	1,2
öffentlicher Konsum	2,8	2,8	2,0	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	-1,9	-2,0	2,6	2,4
inländische Verwendung	0,5	0,4	1,7	1,6
Exporte ¹	1,0	1,0	0,5	3,9
Importe ¹	0,2	0,2	2,0	3,9
Außenbeitrag ²	0,4	0,4	-0,7	-0,2
Verbraucherpreise ³	5,4	2,4	2,0	2,0
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-3,6	-3,1	-3,1	-3,1
Leistungsbilanzsaldo	1,1	2,9	2,4	2,3
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	6,6	6,4	6,3	6,2

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, Berechnungen des IWH; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A2**Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum**

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Deutschland	24,4	−0,1	−0,2	0,2	1,0	6,0	2,5	2,3	2,1	3,0	3,4	3,4	3,3
Frankreich	16,4	1,1	1,1	0,3	1,3	5,7	2,3	1,3	1,8	7,4	7,4	7,5	7,5
Italien	12,4	0,8	0,5	0,5	0,9	5,9	1,1	1,5	1,8	7,7	6,8	6,6	6,7
Spanien	8,7	2,7	3,2	2,1	1,7	3,4	2,9	2,3	2,1	12,2	11,3	11,0	10,5
Niederlande	6,2	0,1	0,9	1,3	1,5	4,1	3,2	2,3	2,2	3,6	3,6	3,7	3,7
Belgien	3,4	1,3	1,0	0,8	1,5	2,3	4,3	2,8	2,0	5,5	5,5	5,6	5,5
Irland	3,0	−5,6	1,2	6,7	2,7	5,2	1,3	1,2	2,1	4,3	4,3	4,1	4,0
Österreich	2,8	−0,9	−1,5	0,2	1,4	7,7	2,9	2,1	2,0	5,1	5,1	5,3	5,2
Finnland	1,6	−0,9	−0,2	0,8	1,8	4,3	1,0	2,3	2,0	7,2	8,2	8,2	8,0
Portugal	1,5	2,6	1,9	2,4	1,8	5,3	2,7	2,1	2,1	6,6	6,4	6,3	6,2
Griechenland	1,3	2,3	2,3	2,3	1,9	4,2	3,0	2,4	1,9	11,1	10,1	9,5	9,5
Slowakei	0,7	1,4	2,0	1,7	2,6	11,0	3,2	3,7	2,8	5,8	5,4	5,3	5,0
Luxemburg	0,5	−1,1	0,5	2,1	2,2	2,9	2,3	1,5	2,0	5,2	5,8	5,7	5,6
Kroatien	0,4	3,3	3,8	2,5	2,6	8,4	4,0	3,5	2,5	6,1	5,1	4,6	4,5
Litauen	0,4	0,4	2,7	3,0	3,1	8,7	0,9	1,4	1,8	6,9	7,6	7,9	7,0
Slowenien	0,4	2,4	1,3	2,1	2,7	7,2	2,0	1,9	2,0	3,7	3,4	3,3	3,2
Lettland	0,2	2,2	−0,4	1,1	2,4	9,1	1,4	2,2	2,1	6,5	6,9	6,6	6,5
Estland	0,2	−3,1	−0,2	1,8	2,4	9,1	3,7	4,0	3,1	6,4	7,6	7,8	7,3
Zypern	0,2	2,6	3,4	1,7	2,5	3,9	2,3	2,4	2,0	5,9	5,2	5,0	4,4
Malta	0,1	6,8	6,0	1,8	3,6	5,6	2,4	2,1	2,3	3,5	3,1	3,0	2,8
Euroraum insgesamt	84,9	0,5	0,8	0,9	1,3	5,4	2,4	2,0	2,0	6,6	6,4	6,3	6,2
Euroraum ohne Deutschland	60,5	0,8	1,2	1,2	1,5	5,2	2,3	1,8	2,0	7,8	7,4	7,3	7,2
Polen	4,4	0,0	2,8	3,3	3,3	10,8	3,7	3,8	2,6	2,8	2,9	2,7	2,5
Schweden	3,1	0,1	0,9	2,2	2,2	5,9	2,0	2,4	2,0	7,7	8,4	8,6	8,6
Dänemark	2,2	2,5	3,6	2,9	1,5	3,4	1,3	1,9	2,0	5,1	6,2	5,5	4,8
Rumänien	1,9	2,4	0,9	2,9	3,3	9,7	5,8	4,7	3,7	5,5	5,5	5,5	5,3
Tschechien	1,8	0,1	1,0	2,1	2,6	11,9	2,7	2,8	2,4	2,6	2,8	2,6	2,4
Ungarn	1,1	−0,8	0,6	1,7	3,1	17,0	3,7	2,9	2,9	4,1	4,4	4,4	4,2
Bulgarien	0,5	2,0	2,7	2,7	3,0	8,6	2,6	2,5	2,5	4,3	4,2	3,9	3,4
EU 27 ⁴	100,0	0,6	1,0	1,2	1,6	6,0	2,5	2,1	2,1	6,0	5,9	5,8	5,7
MOE-Länder ⁵	12,2	0,7	1,8	2,6	3,0	11,0	3,6	3,5	2,7	4,0	4,1	3,9	3,7

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2023.⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; ILO; Berechnungen des IWH; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2024				2025				2026			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,2	-0,1	0,2	0,1	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
öffentlicher Konsum	0,1	1,9	1,5	0,4	-0,3	-0,1	0,8	0,7	0,3	0,3	0,4	0,5
Bauten	0,7	-2,1	-0,5	1,0	-0,5	0,2	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	-0,8	-3,2	-1,2	-0,3	-0,7	0,7	0,8	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2
sonstige Anlagen	1,4	0,6	0,6	-0,2	1,1	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Vorratsinvestitionen ²	-0,2	0,2	0,8	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,1	0,1	1,2	1,0	-0,2	0,2	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Außenbeitrag ²	0,2	-0,4	-1,1	-1,2	0,2	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Exporte	1,5	0,2	-1,9	-2,2	0,9	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5
Importe	1,1	1,2	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,2	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

In % bzw. Prozentpunkten

	2023	2024	2025	2026
statistischer Überhang ¹	-0,1	-0,2	-0,2	0,4
Jahresverlaufsrate ²	-0,2	-0,2	0,8	0,9
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	-0,1	-0,2	0,2	1,0
Kalendereffekt ³	-0,2	0,0	-0,1	0,3
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	-0,3	-0,2	0,1	1,3

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

In Prozentpunkten

	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben	-0,2	0,9	0,5	0,8
private Konsumausgaben	-0,2	0,1	0,1	0,4
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,8	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	-0,6	0,0	0,7
Bauten	-0,4	-0,4	0,0	0,3
Ausrüstungen	-0,1	-0,4	-0,1	0,3
sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,1	0,0	1,0	0,0
inländische Verwendung	-0,4	0,3	1,5	1,5
Außenbeitrag	0,1	-0,6	-1,4	-0,2
Exporte	-0,1	-0,5	-0,6	0,9
Importe	0,3	-0,1	-0,8	-1,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,2	0,1	1,3

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2024 und 2025**

	2024	2025 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	42 308	42 336	28	0,1
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 932	34 976	43	0,1
geförderte ²	77	62	-15	-20,0
nicht geförderte	34.855	34 914	59	0,2
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 180	4 131	-49	-1,2
sonstige	3 196	3 229	33	1,0
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 774	3 730	-44	-1,2
geförderte Selbstständigkeit	2	2	0	-20,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 772	3 728	-44	-1,2
Erwerbstätige (Inland)	46 082	46 066	-16	0,0
staatlich subventionierte Erwerbstätige	338	336	-2	-0,6
geförderte Erwerbstätige ³	79	63	-16	-20,0
Kurzarbeit	259	273	14	5,4
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 744	45 730	-15	0,0
nachrichtlich: Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	0,7	0,7		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	-0,3	-1,1	-1,4	2,2
Importe, real	-0,6	0,2	2,0	2,9
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	43,4	42,1	41,5	41,7
Importe, nominal	39,4	38,2	39,0	39,4
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	167,7	166,0	112,1	104,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
Anlageinvestitionen insgesamt	-1,2	-2,7	0,0	3,3
Bauinvestitionen insgesamt	-3,4	-3,3	-0,3	2,5
Wohnbauten	-4,1	-5,0	-0,7	2,4
Nichtwohnbauten insgesamt	-2,3	-0,5	0,4	2,7
gewerbliche Bauten	-4,1	-2,6	0,7	2,8
öffentliche Bauten	0,8	3,0	-0,1	2,4
Ausrüstungen	-0,8	-5,5	-1,2	5,3
sonstige Anlagen	4,7	3,9	2,5	2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A11**Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
verfügbare Einkommen, nominal	6,9	4,2	2,3	2,7
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	9,5	5,9	1,6	2,6
monetäre Sozialleistungen	6,1	6,6	5,4	4,2
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	3,5	-0,5	1,3	2,0
Sparen	8,1	13,8	1,9	1,3
private Konsumausgaben, nominal	6,3	3,0	2,3	2,8
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	7,4	5,7	3,0	2,6
Sparquote (in %)	10,4	11,4	11,4	11,2
Preisindex des privaten Konsums	6,7	2,7	2,1	2,1
private Konsumausgaben, real	-0,4	0,3	0,2	0,7

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A12**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹**

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,2	0,1	0,2	0,3	0,3
<i>darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	-0,4	-0,3	-0,4	-0,3	0,1	0,2	0,3	0,3
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-3,4	-0,5	-1,8	-1,1	0,3	0,1	0,3	0,2
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	-0,7	-1,4	-0,6	-0,1	0,2	0,3	0,3
Energie- und Wasserversorgung	-20,7	0,5	-3,7	-3,4	-0,5	0,0	0,2	0,2
Baugewerbe	2,3	-3,2	-1,3	-0,9	0,2	0,2	0,2	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,5	-0,8	-0,1	0,5	-0,1	0,2	0,4	0,4
Information und Kommunikation	2,1	-0,1	-0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,1	-0,4	-1,0	-2,1	-0,6	-0,1	0,0	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,2	-0,6	-0,5	-0,4	-0,1	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister	-0,3	0,2	-0,6	-0,3	-0,3	0,1	0,5	0,5
öffentliche Dienstleister	0,5	0,4	1,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
sonstige Dienstleister	1,0	0,0	0,1	-0,3	0,6	0,2	0,2	0,2

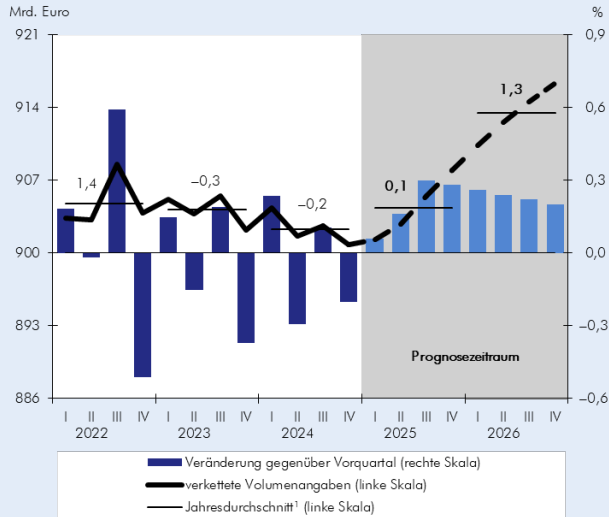
¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



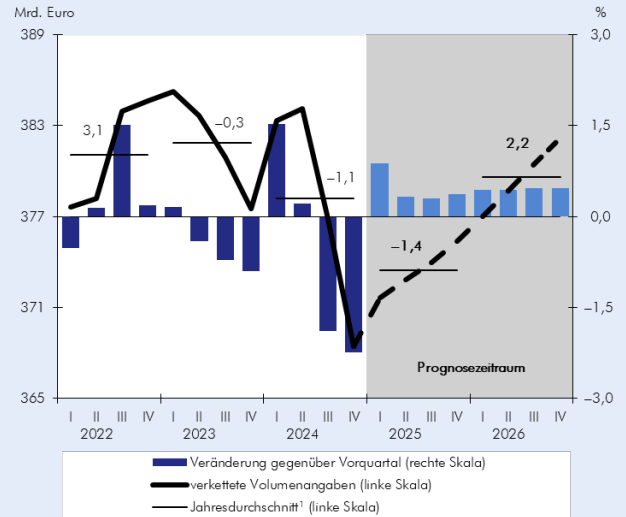
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A4

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



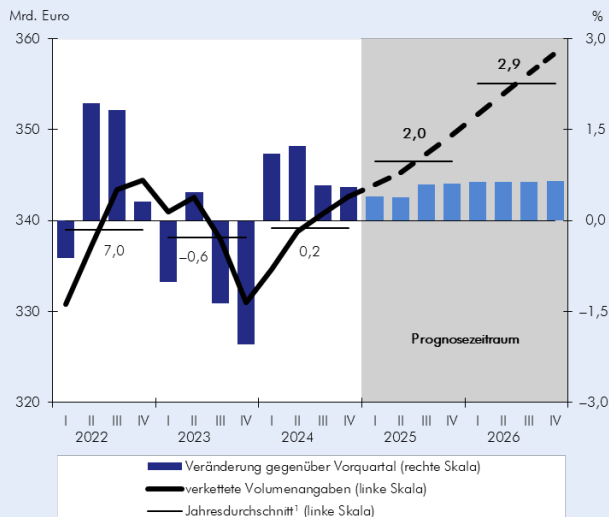
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A5

Reale Importe

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



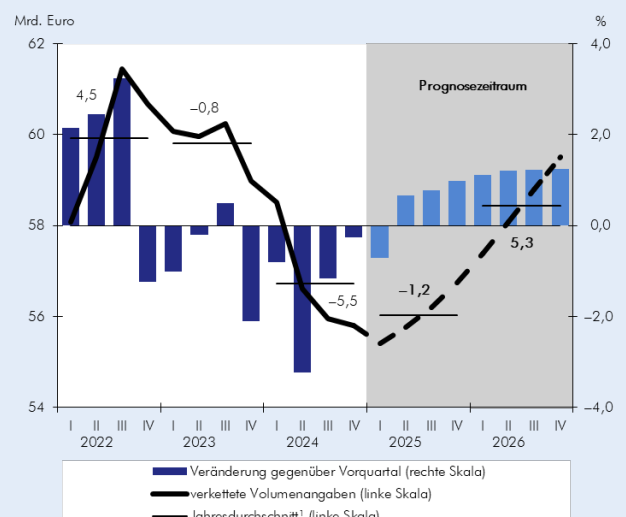
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A6

Reale Investitionen in Ausrüstungen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

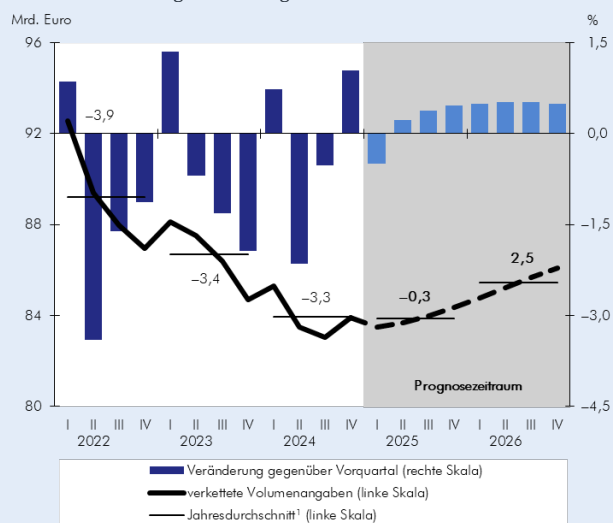


¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A7**Reale Bauinvestitionen**

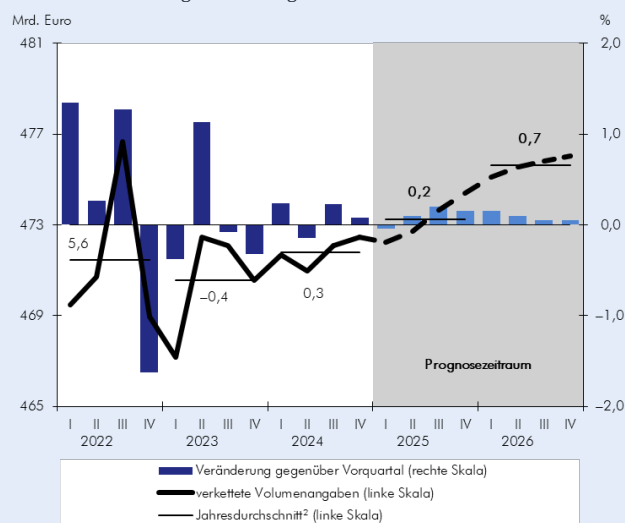
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A8**Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹**

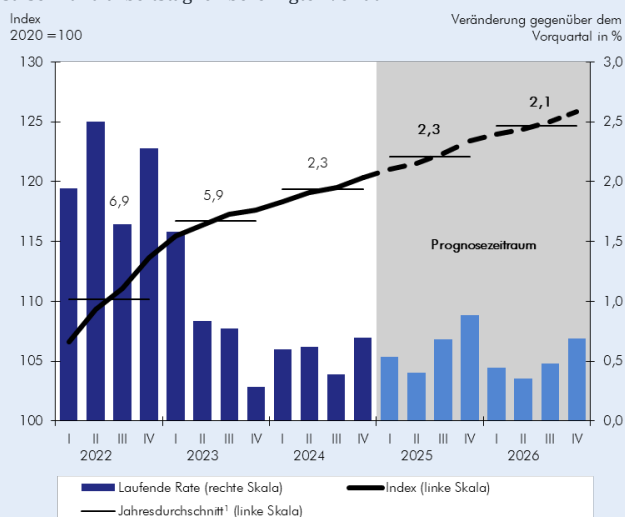
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A9**Verbraucherpreise in Deutschland**

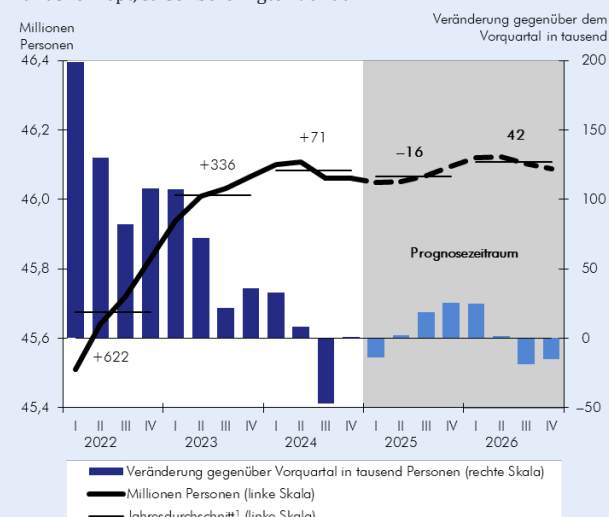
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

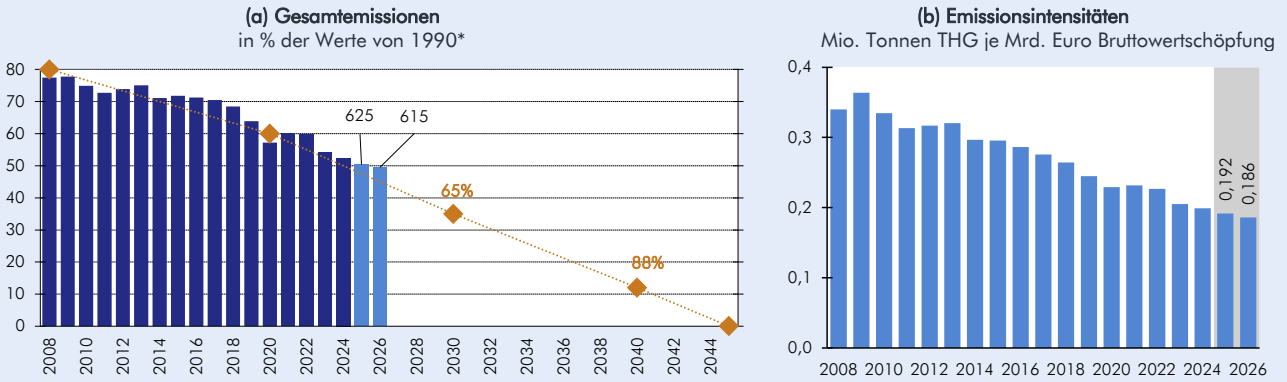
Abbildung A10**Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 1. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A11
Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2026



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mill. Tonnen, CO₂-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle A13
Entwicklung des Bruttoschuldenstandes (in Maastricht-Abgrenzung)

Jahr	reales BIP (Mrd. Euro)	BIP-Deflator (in %)	nominales BIP (Mrd. Euro)	Schuldenstand		Nettokreditaufnahme (jeweils in Mrd. Euro)						
				in Mrd. Euro	in % in Relation zum BIP	Status quo		in Mrd. Euro			Projektion	
						in Mrd. Euro	in % des BIP	zusätzl. Verteidigungs-ausgaben	Sondervermögen 'Infrastruktur'	Lockerung Schuldenbremse Länder	in Mrd. Euro	in % des BIP
2024	3 607	2,2	4 305	2 751	64	119	2,8				119	2,8
2025	3 611	2,0	4 404	2 869	65	119	2,7		50		169	3,8
2026	3 657	2,0	4 548	3 013	66	144	3,2		50		194	4,3
2027	3 672	2,0	4 658	3 186	68	16	0,35	91	50	16	173	3,7
2028	3 679	2,0	4 761	3 362	71	16	0,35	93	50	16	176	3,7
2029	3 685	2,0	4 864	3 540	73	17	0,35	95	50	17	179	3,7
2030	3 692	2,0	4 969	3 721	75	17	0,35	97	50	17	181	3,6
2031	3 699	2,0	5 079	3 906	77	17	0,35	99	50	17	184	3,6
2032	3 707	2,0	5 191	4 093	79	18	0,35	102	50	18	187	3,6
2033	3 715	2,0	5 308	4 283	81	18	0,35	104	50	18	190	3,6
2034	3 725	2,0	5 428	4 476	82	19	0,35	106	50	19	193	3,6
2035	3 735	2,0	5 551	4 623	83	19	0,35	109	0	19	147	2,6
2036	3 744	2,0	5 677	4 773	84	19	0,35	111	0	19	150	2,6
2037	3 755	2,0	5 806	4 926	85	20	0,35	114	0	20	153	2,6
2038	3 765	2,0	5 939	5 083	86	20	0,35	116	0	20	157	2,6
2039	3 776	2,0	6 075	5 243	86	21	0,35	119	0	21	160	2,6
2040	3 788	2,0	6 216	5 407	87	21	0,35	122	0	21	164	2,6

Anmerkung: Bei diesen Berechnungen ist unterstellt, dass ab dem Jahr 2027 die Verteidigungsausgaben jährlich ungefähr 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen und der Staat bis zum Jahr 2034 jährlich 50 Mrd. Euro in die Infrastruktur investiert. Zudem wird angenommen, dass den Ländern ab dem Jahr 2027 ein Verschuldungsspielraum in Höhe von 0,35% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt eingeräumt wird. Die Staatsschuldtitel verzinsen sich annahmegemäß durchschnittlich mit 2%.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Tabelle A14**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2025	2026
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Zukunftsfinanzierungsgesetz	-0,3	-0,1
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,9	0,8
Änderungen bei der Stromsteuer	0,0	3,3
Steuerfortentwicklungsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	-6,1	-5,7
Inflationsausgleichsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	-2,8	-1,0
Wachstumschancengesetz	-2,5	-0,8
Inflationsausgleichsprämie	6,0	0,0
Auslaufen der temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas	0,8	0,0
Plastikabgabe		1,4
Degressive AfA	5,0	3,8
Jahressteuergesetz 2022	1,0	-1,1
Jahressteuergesetz 2024	0,4	0,7
Streichung der Steuererstattung für Agrardiesel	0,2	0,2
Globale Mindestbesteuerung (Säule 2)		1,0
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	-1,8	-0,9
Einnahmen aus CO ₂ -Bepreisung	4,0	4,4
Anhebung der LKW-Maut	0,9	0,2
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2025 um 1,2 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2026 um 0,3 Prozentpunkte	14,5	4,0
Erhöhung des Beitragszuschlags zur gesetzlichen Pflegeversicherung zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte	2,7	0,0
Erhöhung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2025 um 0,09 Prozentpunkte	1,1	0,0
Inflationsausgleichsprämie	8,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Ausgaben für den Klimaschutz	4,0	3,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	-4,0	-5,0
Zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur	-2,0	-5,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,7	-0,5
Inflationsausgleichsgesetz: Anhebung des Kindergeldes	0,4	0,1
Steuerfortentwicklungsgesetz: Anhebung des Kindergeldes	-1,1	-0,6
Deutschlandticket	0,0	3,0
Startchancenprogramm für Schulen	-0,5	-0,5
Ukraine-Hilfen	3,0	0,0
Änderungen beim BAföG	-0,2	0,0
Kürzungen bei der Förderung des ländlichen Raums, der Digitalisierung und beim Elterngeld	5,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Grundrente	-0,1	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	-0,8	-0,1
Krankenhausreform	-0,5	-0,4
Endbudgetierung Hausärzte	-0,3	-0,3
Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitergeld für das Jahr 2025	-0,2	0,2
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)³	34,1	4,0
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	0,8	0,1

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergesetz, Fondsstandortgesetz, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Jahressteuergesetz 2020, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen. – ³ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15**Hauptaggregate der Sektoren****Jahresergebnisse 2024**

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 899,4	2 621,6	466,8	811,0	–
2	– Abschreibungen	887,0	487,2	119,4	280,3	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 012,5	2 134,4	347,3	530,7	–166,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 348,1	1 703,7	355,8	288,5	19,9
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,3	30,2	0,3	10,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	59,9	57,6	0,2	2,1	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	683,0	458,2	–8,7	233,5	–185,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 353,8	–	–	2 353,8	14,2
9	– geleistete Subventionen	54,4	–	54,4	–	5,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	442,1	–	442,1	–	5,3
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 103,1	1 010,7	45,4	47,0	431,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 250,7	740,0	33,6	477,1	284,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 572,0	187,4	367,2	3 017,4	–319,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	538,6	128,2	–	410,4	14,8
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	552,7	–	552,7	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	910,3	–	–	910,3	3,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	909,0	153,0	755,2	0,8	5,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	788,8	84,7	703,2	0,8	0,8
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	778,6	–	–	778,6	10,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	464,2	271,1	90,2	102,9	98,0
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	402,4	237,2	31,3	133,8	159,8
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 512,9	93,6	913,0	2 506,3	–260,6
23	– Konsumausgaben	3 233,1	–	961,3	2 271,8	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
25	= Sparen	279,8	35,9	–48,3	292,2	–260,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	113,1	13,3	83,7	16,1	5,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	88,4	50,4	18,2	19,8	30,6
28	– Bruttoinvestitionen	906,2	503,4	124,8	277,9	–
29	+ Abschreibungen	887,0	487,2	119,4	280,3	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	16,4	16,7	–0,4	0,1	–16,4
31	= Finanzierungssaldo	219,5	40,2	–118,8	298,1	–219,5
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 512,9	93,6	913,0	2 506,3	–260,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	594,0	–	594,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	594,0	–	–	594,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 512,9	93,6	319,0	3 100,3	–260,6
36	– Konsum ³	3 233,1	–	367,3	2 865,8	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
38	= Sparen	279,8	35,9	–48,3	292,2	–260,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2025
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 991,3	2 676,1	482,0	833,3	–
2	– Abschreibungen	918,8	507,1	124,0	287,8	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 072,5	2 169,0	358,0	545,5	–112,1
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 427,1	1 762,9	365,7	298,5	21,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	47,5	34,8	0,3	12,4	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	58,7	56,7	0,2	1,9	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	656,6	428,0	–7,9	236,5	–133,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 433,8	–	–	2 433,8	14,5
9	– geleistete Subventionen	53,0	–	53,0	–	5,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	454,8	–	454,8	–	5,3
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 063,0	962,1	53,2	47,7	487,2
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 213,5	697,2	33,0	483,4	336,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 642,8	1 63,1	373,8	3 105,9	–269,7
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	547,1	122,2	–	425,0	15,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	561,9	–	561,9	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	960,8	–	–	960,8	3,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	959,7	156,6	802,2	0,8	5,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	829,3	87,1	741,4	0,8	0,8
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	820,6	–	–	820,6	9,5
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	483,1	278,2	92,4	112,5	106,0
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	420,0	252,0	32,6	135,4	169,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 584,6	84,2	936,7	2 563,6	–211,5
23	– Konsumausgaben	3 324,6	–	1 000,8	2 323,8	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,9	–	57,9	–
25	= Sparen	259,9	26,3	–64,1	297,7	–211,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	108,6	23,6	68,6	16,4	5,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	84,6	47,4	18,7	18,6	29,0
28	– Bruttoinvestitionen	967,3	555,2	129,0	283,0	–
29	+ Abschreibungen	918,8	507,1	124,0	287,8	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	16,4	15,9	–0,4	1,0	–16,4
31	= Finanzierungssaldo	171,1	–13,9	–118,6	303,6	–171,1
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 584,6	84,2	936,7	2 563,6	–211,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	624,0	–	624,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	624,0	–	–	624,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 584,6	84,2	312,8	3 187,6	–211,5
36	– Konsum ³	3 324,6	–	376,8	2 947,8	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,9	–	57,9	–
38	= Sparen	259,9	26,3	–64,1	297,7	–211,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2026

In Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 121,2	2 766,6	499,6	855,0	–
2	– Abschreibungen	953,2	528,3	128,7	296,2	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 168,0	2 238,3	370,9	558,9	–104,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 492,4	1 808,4	377,7	306,3	21,2
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	53,7	39,3	0,3	14,0	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	54,7	52,8	0,2	1,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	676,6	443,4	–7,0	240,3	–125,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 498,8	–	–	2 498,8	14,8
9	– geleistete Subventionen	49,0	–	49,0	–	5,7
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	475,1	–	475,1	–	5,4
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 098,4	990,4	60,3	47,8	550,1
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 254,6	729,4	32,5	492,8	393,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 757,7	182,4	391,2	3 184,1	–267,6
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	556,1	123,2	–	432,9	16,3
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	571,6	–	571,6	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	993,1	–	–	993,1	3,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	992,0	161,2	830,0	0,8	5,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	864,0	89,6	773,5	0,8	0,8
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	855,0	–	–	855,0	9,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	498,5	281,1	100,4	117,0	114,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	437,0	267,8	33,8	135,4	176,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 701,7	117,4	952,7	2 631,6	–211,6
23	– Konsumausgaben	3 430,8	–	1 042,6	2 388,2	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–58,1	–	58,1	–
25	= Sparen	270,9	59,3	–89,9	301,4	–211,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	111,5	31,5	63,0	17,0	4,3
27	+ empfangene Vermögenstransfers	86,9	48,5	19,4	19,0	28,9
28	– Bruttoinvestitionen	1 012,5	576,8	139,5	296,2	–
29	+ Abschreibungen	953,2	528,3	128,7	296,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	16,4	15,0	–0,4	1,8	–16,4
31	= Finanzierungssaldo	170,6	12,8	–143,8	301,6	–170,6
32	nachrichtlich: verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 701,7	117,4	952,7	2 631,6	–211,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	655,5	–	655,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	655,5	–	–	655,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 701,7	117,4	297,2	3 287,1	–211,6
36	– Konsum ³	3 430,8	–	387,1	3 043,7	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–58,1	–	58,1	–
38	= Sparen	270,9	59,3	–89,9	301,4	–211,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A16**VGR-Tabellen****Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2025 und 2026

	2024	2025	2026	2025		2026	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,2	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,2	0,0
Arbeitsvolumen	-0,1	-0,5	0,3	-0,2	-0,8	-0,3	1,0
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,3	-0,5	0,3	-0,1	-0,8	-0,4	0,9
Produktivität¹	-0,1	0,6	0,9	-0,2	1,5	1,4	0,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,2	0,1	1,3	-0,4	0,7	1,1	1,4
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	3 233,1	3 324,6	3 430,8	1 619,7	1 704,9	1 671,3	1 759,4
private Haushalte²	2 271,8	2 323,8	2 388,2	1 132,6	1 191,2	1 162,7	1 225,5
Staat	961,3	1 000,8	1 042,6	487,1	513,7	508,6	533,9
Anlageinvestitionen	898,0	918,3	966,0	442,7	475,6	463,4	502,6
Ausrüstungen	464,7	476,2	499,1	232,8	243,5	242,8	256,4
Bauten	264,8	265,5	282,3	125,2	140,3	131,9	150,4
Ausrüstungen	168,4	176,6	184,6	84,7	91,9	88,8	95,9
Vorratsveränderung³	8,2	48,9	46,5	28,8	20,1	28,1	18,4
inländische Verwendung	4 139,3	4 291,9	4 443,3	2 091,2	2 200,7	2 162,9	2 280,4
Außenbeitrag	166,0	112,1	104,7	65,5	46,6	62,5	42,2
Exporte	1 812,5	1 827,6	1 898,1	901,1	926,5	931,8	966,3
Importe	1 646,5	1 715,5	1 793,4	835,6	879,9	869,3	924,0
Bruttoinlandsprodukt	4 305,3	4 404,0	4 548,0	2 156,7	2 247,3	2 225,4	2 322,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,9	2,8	3,2	2,7	2,9	3,2	3,2
private Haushalte²	3,0	2,3	2,8	2,0	2,6	2,7	2,9
Staat	6,2	4,1	4,2	4,5	3,7	4,4	3,9
Anlageinvestitionen	-0,2	2,3	5,2	0,8	3,7	4,7	5,7
Bauten	-0,3	2,5	4,8	1,3	3,7	4,3	5,3
Ausrüstungen	-3,9	0,2	6,3	-2,6	2,9	5,3	7,2
sonstige Anlageinvestitionen	6,6	4,9	4,5	4,7	5,0	4,8	4,3
Inländische Verwendung	3,0	3,7	3,5	3,8	3,6	3,4	3,6
Exporte	-0,2	0,8	3,9	-1,5	3,2	3,4	4,3
Importe	-0,1	4,2	4,5	4,0	4,4	4,0	5,0
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,3	3,3	1,5	3,1	3,2	3,4
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	3,9	2,5	2,3	3,0	2,1	2,8	1,8
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 708,9	2 726,4	2 753,7	1 342,5	1 383,9	1 356,2	1 397,6
private Haushalte²	1 886,7	1 890,0	1 902,5	927,9	962,1	933,7	968,8
Staat	822,8	837,3	852,3	415,1	422,2	423,0	429,2
Anlageinvestitionen	711,1	710,9	734,6	343,5	367,4	352,9	381,8
Bauten	335,1	334,2	342,5	164,0	170,2	167,1	175,3
Ausrüstungen	226,0	223,3	235,1	105,3	118,0	109,7	125,4
sonstige Anlageinvestitionen	153,1	157,0	161,3	75,4	81,5	77,5	83,8
inländische Verwendung	3 454,6	3 508,4	3 561,8	1 726,5	1 781,8	1 750,2	1 811,6
Exporte	1 509,5	1 488,2	1 521,4	737,5	750,7	750,0	771,5
Importe	1 354,5	1 382,2	1 422,9	676,6	705,6	693,0	729,9
Bruttoinlandsprodukt	3 606,9	3 611,3	3 656,9	1 786,1	1 825,2	1 805,6	1 851,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,2	0,6	1,0	0,7	0,6	1,0	1,0
private Haushalte²	0,3	0,2	0,7	-0,1	0,4	0,6	0,7
Staat	3,5	1,8	1,8	2,5	1,0	1,9	1,7
Anlageinvestitionen	-2,7	0,0	3,3	-1,6	1,5	2,7	3,9
Bauten	-3,3	-0,3	2,5	-1,6	1,1	1,9	3,1
Ausrüstungen	-5,5	-1,2	5,3	-4,1	1,5	4,2	6,2
sonstige Anlageinvestitionen	3,9	2,5	2,7	2,2	2,9	2,8	2,7
inländische Verwendung	0,3	1,6	1,5	1,9	1,2	1,4	1,7
Exporte	-1,1	-1,4	2,2	-3,6	0,8	1,7	2,8
Importe	0,2	2,0	2,9	1,8	2,3	2,4	3,4
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,1	1,3	-0,4	0,7	1,1	1,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 und 2026

	2024	2025	2026	2025		2026	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
private Konsumausgaben ²	2,7	2,1	2,1	2,1	2,2	2,0	2,2
Konsumausgaben des Staates	2,6	2,3	2,3	2,0	2,6	2,5	2,2
Anlageinvestitionen	2,6	2,3	1,8	2,4	2,2	1,9	1,7
Bauten	3,1	2,8	2,3	2,9	2,6	2,3	2,2
Ausrüstungen	1,7	1,5	1,0	1,6	1,4	1,1	0,9
Exporte	0,9	2,3	1,6	2,2	2,3	1,7	1,5
Importe	-0,3	2,1	1,6	2,1	2,1	1,6	1,5
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,2	2,0	1,9	2,4	2,1	1,9
5 Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. EUR							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3 017,4	3 105,9	3 184,1	1 519,1	1 586,9	1 555,4	1 628,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	402,4	423,9	436,8	205,7	218,2	212,0	224,8
Bruttolöhne und -gehälter	1 951,3	2 009,8	2 061,9	963,2	1 046,6	988,9	1 073,0
übrige Primäreinkommen ⁴	663,6	672,2	685,3	350,2	322,0	354,5	330,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	554,6	536,8	573,6	240,0	296,9	257,4	316,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 572,0	3 642,8	3 757,7	1 759,0	1 883,7	1 812,9	1 944,8
Abschreibungen	887,0	918,8	953,2	456,7	462,2	473,4	479,8
Bruttonationaleinkommen	4 459,0	4 561,6	4 710,9	2 215,7	2 345,9	2 286,3	2 424,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3 184,3	3 240,9	3 331,6	1 556,9	1 684,0	1 599,3	1 732,3
Arbeitnehmerentgelt	2 353,8	2 433,8	2 498,8	1 168,9	1 264,9	1 201,0	1 297,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	830,6	807,2	832,8	388,0	419,2	398,3	434,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,2	2,9	2,5	2,9	3,0	2,4	2,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,1	5,4	3,0	5,8	5,0	3,1	3,0
Bruttolöhne und -gehälter	5,7	3,0	2,6	3,2	2,8	2,7	2,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	5,3	2,9	2,5	3,2	2,7	2,5	2,5
übrige Primäreinkommen ⁴	-0,5	1,3	2,0	0,4	2,2	1,2	2,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-4,4	-3,2	6,8	-9,9	3,0	7,3	6,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,8	2,0	3,2	0,9	3,0	3,1	3,2
Abschreibungen	3,6	3,6	3,7	3,6	3,6	3,7	3,8
Bruttonationaleinkommen	2,9	2,3	3,3	1,5	3,1	3,2	3,4
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,6	1,8	2,8	0,3	3,2	2,7	2,9
Arbeitnehmerentgelt	5,6	3,4	2,7	3,7	3,2	2,7	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-8,1	-2,8	3,2	-8,6	3,2	2,7	3,7
6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²							
a) Mrd. EUR							
Masseneinkommen	1 971,4	2 026,4	2 089,3	975,5	1 051,0	1 007,2	1 082,0
Nettolöhne und -gehälter	1 362,8	1 385,1	1 421,0	657,2	727,9	674,7	746,2
monetäre Sozialleistungen	778,6	820,6	855,0	406,4	414,1	424,6	430,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	170,0	179,2	186,7	88,2	91,0	92,1	94,6
übrige Primäreinkommen ⁴	663,6	672,2	685,3	350,2	322,0	354,5	330,8
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-128,8	-135,0	-143,0	-62,0	-73,0	-66,0	-77,0
verfügbares Einkommen	2 506,3	2 563,6	2 631,6	1 263,6	1 300,0	1 295,7	1 335,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,7	57,9	58,1	28,1	29,8	28,2	29,9
Konsumausgaben	2 271,8	2 323,8	2 388,2	1 132,6	1 191,2	1 162,7	1 225,5
Sparen	292,2	297,7	301,4	159,2	138,5	161,2	140,2
Sparquote (%) ⁶	11,4	11,4	11,2	12,3	10,4	12,2	10,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	6,1	2,8	3,1	2,9	2,7	3,3	3,0
Nettolöhne und -gehälter	5,9	1,6	2,6	1,6	1,6	2,7	2,5
monetäre Sozialleistungen	6,6	5,4	4,2	5,7	5,1	4,5	3,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,8	5,4	4,2	5,7	5,1	4,5	4,0
übrige Primäreinkommen ⁴	-0,5	1,3	2,0	0,4	2,2	1,2	2,7
verfügbares Einkommen	4,2	2,3	2,7	2,1	2,5	2,5	2,8
Konsumausgaben	3,0	2,3	2,8	2,0	2,6	2,7	2,9
Sparen	13,8	1,9	1,3	2,5	1,1	1,3	1,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 und 2026

	2024	2025	2026	2025		2026	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	994,8	1 016,8	1 046,8	502,5	514,2	515,5	531,3
Nettosozialbeiträge	755,2	802,2	830,0	390,0	412,3	403,8	426,2
Vermögenseinkommen	33,6	33,0	32,5	17,5	15,5	17,2	15,2
sonstige Transfers	31,3	32,6	33,8	14,5	18,1	15,1	18,7
Vermögenstransfers	18,2	18,7	19,4	8,6	10,1	8,9	10,5
Verkäufe	179,5	188,9	200,2	87,5	101,4	92,2	108,0
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
insgesamt	2 012,9	2 092,4	2 162,7	1 020,7	1 071,6	1 052,7	1 110,0
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	674,4	708,0	743,5	339,6	368,4	357,5	386,0
Arbeitnehmerentgelt	355,8	365,7	377,7	176,9	188,8	182,4	195,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	45,4	53,2	60,3	25,3	27,9	27,1	33,2
Subventionen	54,4	53,0	49,0	23,8	29,2	21,9	27,2
monetäre Sozialleistungen	703,2	741,4	773,5	367,0	374,4	384,0	389,5
sonstige laufende Transfers	90,2	92,4	100,4	44,8	47,6	48,8	51,6
Vermögenstransfers	83,7	68,6	63,0	25,9	42,7	23,1	39,9
Bruttoinvestitionen	124,8	129,0	139,5	56,9	72,1	61,1	78,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,4	-0,4	-0,4	-0,1	-0,3	-0,1	-0,3
insgesamt	2 131,6	2 210,9	2 306,5	1 060,1	1 150,8	1 105,7	1 200,8
Finanzierungssaldo	-118,8	-118,6	-143,8	-39,4	-79,2	-53,0	-90,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,5	2,2	3,0	3,6	0,9	2,6	3,3
Nettosozialbeiträge	6,4	6,2	3,5	6,7	5,8	3,5	3,4
Vermögenseinkommen	7,2	-1,9	-1,6	-1,9	-2,0	-1,4	-1,8
sonstige Transfers	-6,2	4,0	3,6	4,9	3,3	4,0	3,2
Vermögenstransfers	-6,3	2,7	3,7	2,8	2,6	2,7	4,4
Verkäufe	8,4	5,2	6,0	4,4	6,0	5,3	6,6
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	4,8	4,0	3,4	4,8	3,2	3,1	3,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	7,7	5,0	5,0	5,5	4,6	5,3	4,8
Arbeitnehmerentgelt	5,4	2,8	3,3	2,7	2,9	3,1	3,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	24,2	17,1	13,3	11,0	23,3	7,0	19,1
Subventionen	-35,6	-2,6	-7,5	-3,7	-1,7	-8,3	-6,8
monetäre Sozialleistungen	7,0	5,4	4,3	5,8	5,1	4,6	4,0
sonstige laufende Transfers	-1,8	2,4	8,6	2,5	2,4	8,9	8,3
Vermögenstransfers	12,4	-18,0	-8,1	-30,2	-8,3	-10,7	-6,6
Bruttoinvestitionen	6,6	3,3	8,1	3,1	3,6	7,3	8,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	5,3	3,7	4,3	3,5	4,0	4,3	4,3
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	-2,8	-2,7	-3,2	-1,8	-3,5	-2,4	-3,9

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2025: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede
Tel +49 345 7753 765
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: www.istockphoto.com, btgbtg

Konjunktur aktuell, 13. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13.03.2025

ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in
unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische
Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt.
Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der
Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.